Dienstag, 9. Oktober 1923. **Einzelnummer 4000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 229.**

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 70000.— in den Ausgabestellen 71000.— durch Zeitungsboten 72000.— am Postamt ..... 70000.— Postgebühren 5460 M., ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M., Reklameteil 6500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ein drittes Kabinett Stresemann.

Nochmalige Belebung der „großen Koalition“.

Das zweite Kabinett Stresemann, das sich allein auf die bürgerliche Mitte stützte, ist nicht über einige Stunden hinaus auch nur eine Möglichkeit gewesen. Sehr bald kam Stresemann zu der Erkenntnis, daß er für das geplante Kabinett keine Mehrheit im Reichstag erlangen könne. Die Annahme, daß Stresemann einen energischen Schritt tun und den Reichstag auflösen werde, war irrig. Der Reichskanzler legt großen Wert auf eine parlamentarische Mehrheit im gegenwärtigen Parlament. Angesichts dieser Lage war die Wiederkehr der großen Koalition das Gegebene. Stresemann wirkte persönlich in dieser Richtung auf die Parteiführer ein. Es gelang eine Einigungsformel zu finden, und so wurde das dritte Kabinett Stresemann konstituiert, das im wesentlichen die Namen des ersten zeigt. Nur das Finanz- und das Wirtschaftsministerium sind neu besetzt worden, für das Ernährungsministerium war am Sonnabend noch keine geeignete Persönlichkeit gefunden.

Die neue Ministerliste lautet:

Reichskanzler und Außenminister	Dr. Stresemann
Wiederaufbau	Robert Schmidt
Innenministerium	Sollmann
Finanzen	Dr. Luther
Wirtschaft	Dr. Koeth
Arbeit	Braun
Wehrministerium	Dr. Geßler
Justiz	Radbruch
Post	Hoefle
Verkehr	Oeser
Besetzte Gebiete	Fuchs
Ernährung	?

Aus Berlin wird uns von unserem Berichterstatter geschrieben:

Der Versuch, den Stresemann am Freitag gemacht hatte, ein rein bürgerliches Kabinett ohne die Sozialdemokraten zusammenzubringen, durfte bereits am Freitag nachmittag als erledigt betrachtet werden. Zum Scheitern gebracht hat die Kombination Reichswehrminister Dr. Geßler, der erklärte, an diesem Kabinett sich nicht beteiligen zu wollen. Überdies hatte die demokratische Fraktion, zu der Geßler gehört, am Freitag den Beschluß gefaßt, den Reichspräsidenten und den Reichskanzler zu ersuchen, daß noch einmal der Versuch zur Bildung eines Kabinetts der großen Koalition gemacht werde. Wenn dieser Versuch nicht gemacht werde, verweigerte die demokratische Partei ihre Unterstützung. Stresemann mußte sich also bemühen, von neuem ein Kabinett der großen Koalition zustande zu bringen. Zu diesem Zweck hatten alle Parteien der bisherigen großen Koalition für Freitag nachmittag Fraktionssitzungen im Reichstag einberufen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte beschlossen, der Fraktion der Deutschen Volkspartei bekannt zu geben, daß sie auch in einem neuen Kabinett Stresemann das Votum würde verweigern müssen, da ein solches Kabinett keine Gewähr dafür bieten würde, daß die Sozialdemokraten auch aus der preußischen Regierung ausgeschaltet werden. Dem äußerst geschickten Parteitaktiker Stresemann gelang es, vor allem durch Einwirkung auf seine eigene Partei, die Deutsche Volkspartei, die bürgerliche Mitte von neuem auf eine gemeinsame Formel mit der Sozialdemokratie zu einigen.

Die Sitzung der Parteiführer, die Freitag abend um 11 Uhr beim Reichskanzler begann, dauerte bis 3 Uhr nachts. In dieser Sitzung wurde seitens der Demokraten eine Vertrauensformel unterbreitet, die folgenden Wortlaut hat: „Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend notwendig erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird außerdem die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes unter grundsätzlichem Festhalten des Achtstundentages nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Überschreitung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse der wirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion zu erzielen. Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundsätze Anwendung.“

Diese Einigungsformel ist am Sonnabend von sämtlichen Parteien besprochen worden. Sämtliche bisherigen Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei haben dieser Formel zugestimmt. Es wurde beschlossen, daß am Sonnabend um 2 Uhr eine Reichstagssitzung stattfinden sollte, bei der Dr. Stresemann reden und dem Parlament das neue Kabinett vorstellen sollte.

Wie halbamtlich bekanntgegeben wurde, will der Kanzler das alte Kabinett neu berufen mit Ausnahme der bisherigen Minister Raumer und Hilferding, so daß nur für diese beiden Ministerien neue Persönlichkeiten zu finden waren. Diese fanden sich in dem bisherigen Ernährungsminister, dem Rheinländer Dr. Luther, der den Finanzministerposten übernahm, und dem aus der wirtschaftlichen Schule Rathenaus hervorgegangenen Dr. Koeth als Wirtschaftsminister.

Scharfe Rede Lord Curzons gegen die französische Politik.

Am Freitag hielt der britische Außenminister Lord Curzon vor der englischen Reichskonferenz eine große Rede, in der er, anders wie Baldwin, aufs Entschiedenste gegen die von Frankreich gegenüber Deutschland verfolgte Politik protestiert, die Ruhrbesetzung als ein **Unrecht** bezeichnet, freilich aber auch erklärt, daß Deutschland schon vor 3 Monaten der Gewalt hätte weichen sollen. Es zeigt sich, daß nicht allen Staatsmännern Englands das Verständnis fehlt, eine wie wenig ruhmvolle Rolle England in der gegenwärtigen Krise spielt. An Lord Curzon persönlich hat es jedenfalls nicht gelegen, daß dem so ist. Er hat getan, was er konnte, und nur die furchtsame Politik der „Diehards“ hat die entschiedene Haltung des Außenministers sabotiert. Die wichtigsten Abschnitte der Rede sind folgende:

„Wir mißgönnen unseren Verbündeten nicht ihren Sieg, **wenn das ein Sieg ist!** Im Gegenteil begrüßen wir ihn, wie wir ja auch lange schon selber zur Aufgabe des passiven Widerstandes angeraten haben. **Aber sind wir damit der Lösung irgendwie näher gekommen?** Welche **neue Form der Zivilverwaltung oder der Organisation** wird jetzt das Ruhrgebiet erhalten? Die Stellung dieser Frage, wie ihre Beantwortung sind **von Lebensinteresse.** Allerdings ist **ein „Erfolg“**, den wir vorausgesehen haben, bereits eingetreten. Wir sehen den **Beginn jener inneren Auflösung in Deutschland, die wir schon lange gefürchtet haben** und von der wir uns hartnäckig eingeredet haben, daß sie nur ein Symptom sei. Es muß daran erinnert werden, daß diese innere Auflösung nicht nur ein **bedenkliches politisches Symptom** ist, sondern auch beträchtliche **wirtschaftliche Bedeutung** hat, da sie **das endgültige Verschwinden des eigentlichen Schuldners bedeutet.**

Es ist uns wiederholt von der französischen Regierung versichert worden, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, der Augenblick gekommen sei, um die Diskussion zwischen den Verbündeten wieder voll aufzunehmen. Soweit ich es beurteilen kann, ist die deutsche Regierung aufrichtig in ihren Absichten und hat die von ihr verlangten Schritte tatsächlich unternommen. Wie die Haltung der ortsansässigen Bevölkerung an der Ruhr sein wird, kann ich nicht sagen. Wenn aber die französische Auffassung richtig ist, daß die Bevölkerung nur auf Anordnung von Berlin hin ihren Widerstand betrieben hat, so dürften aus der künftigen Haltung der Bevölkerung keine Schwierigkeiten mehr entstehen. Die Möglichkeit, daß der passive Widerstand einmal eingestellt werden würde, muß vom Quai d'Orsay schon lange in Rechnung gestellt worden sein und die französischen Folgemaßnahmen müssen daher entweder im Umriß oder gar im Detail bereits festgelegt sein. Wir sind durchaus und gern bereit, über sie mit Frankreich in freundschaftlichem Geiste zu diskutieren. **Unsere Stellung im besetzten Kölner Gebiet** verleiht uns das Anrecht, uns bei jedem neuen lokalen Arrangement befragen zu lassen, und diese **Position werden wir uns nicht nehmen lassen.** Unser Reparationsanspruch, den wir uns freiwillig im Interesse einer Lösung herabzumindern bereit erklärt haben, macht es unmöglich, daß irgendeine Lösung ohne unsere Mitarbeit erzielt werden kann. Unser Anteil an dem Wiederaufbau Europas, der uns mehr berührt und in gewisser Beziehung noch mehr als jeden unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, macht uns auf die baldige Lösung begierig. Wir haben bereits unseren guten Willen, zu ihr beizutragen, durch die Bereitschaft zu beispiellosen Zugeständnissen bewiesen.

Die Tatsache, daß unsere höchsten Rechtsgelehrten nach Bonar Laws Rückkehr aus Paris erklärt hatten, nach ihrem Dafürhalten lasse sich die Ruhrbesetzung durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht rechtfertigen, bestätigte die Klugheit der englischen Haltung, die auch noch keiner unserer Verbündeten bisher in Frage gestellt hat. Auf der anderen Seite haben wir von diesem Gutachten nicht eher offiziellen Gebrauch gemacht, bis Poincaré selbst die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Besetzung dadurch akut gemacht hat, daß er die Ungesetzmäßigkeit des deutschen Widerstandes gegen die Okkupation zu beweisen versuchte. Ich stehe nicht hier, um Lob und Tadel unter den Parteien zu verteilen. Unser Sympathiegefühl gehört immer unseren alten und vertrauten Verbündeten. Wir tragen nicht das geringste Verlangen danach, uns auf die Seite Deutschlands zu stellen oder gar Frankreich an der Ausführung seiner Maßnahmen zu hindern. Auf der anderen Seite hatten aber auch wir unsere Pflicht zu tun und die Dinge nicht durch die Brille des Gefühls zu betrachten, sondern vom praktischen Standpunkte aus. Wir verfolgen mit wachsender Besorgnis die Befolgung einer Politik, die uns als völlig unproduktiv, wirkungslos und zum Zusammenbruch und Ruin führend erscheint.“

Curzon erinnerte dann daran, daß vielleicht in Erwiderung auf die von der englischen Regierung erfolgte Anregung hin, die deutsche Regierung **am 7. Juni ein neues Angebot** machte, das von der englischen Regierung als ein **Fortschritt und für eine Erwiderung geeignet** erschien. Daher hat dann die englische Regierung ihrerseits ihren Alliierten konkrete Vorschläge unterbreitet, unter denen sich auch der einer Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch eine Körperschaft unparteiischer Sachverständiger befand, die in Verbindung oder unter der Regie der Reparationskommission arbeiten sollte. Man kann wahrlich nicht von der englischen Regierung behaupten, sie habe sich, was die Initiative anbetrifft, im Hintertreffen befunden. Die Vorschläge sind der Auffassung der englischen Regierung nach, sowohl durch Unparteilichkeit wie durch guten Willen ausgezeichnet gewesen. **Er und seine Ministerkollegen** seien **durch die abschlägige Antwort Frankreichs sehr enttäuscht** worden und auch von der belgischen Regierung sei als Erwiderung auf diese aufrichtige, aber undankbare Intervention kaum eine bessere Antwort eingetroffen.

Das angebliche „Chaos in Deutschland“.

Selbst beim besten Willen, Frankreich, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist man nicht in der Lage, auch nur ein anerkennendes Wort zu sagen angesichts der Art und Weise, wie Poincaré sich gegenüber der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutschland verhält. Mag man auch der Ansicht sein, daß der Versailler Vertrag Poincaré eine rechtliche Grundlage für die Ruhrbesetzung gab, so liegt das Rechtsproblem doch offenbar nicht klar genug zutage, da selbst der französische Volkswirtschaftler Professor Charles Gide im Juni dieses Jahres in einem Artikel „La Ruhr et le droit“ die Berechtigung Frankreichs zu seiner Invasion angezweifelt hat. Der oberste englische Gerichtshof hat schon Anfang Februar erklärt, daß die Besetzung ein Unrecht sei, und in der englischen Note vom 11. August hat sich sogar das Kabinett Baldwin offiziell auf diesen Standpunkt gestellt. In Deutschland ist man selbstverständlich allgemein der Ansicht, daß man das Opfer, wenn nicht eines bewußten Rechtsbruches, so doch einer irrtümlichen Auslegung, geworden ist.

Der französische Ministerpräsident läßt sich also nicht von Grundsätzen der Billigkeit leiten, wenn er Deutschland gegenüber auch auf das geringste Entgegenkommen verzichtet. Der „große Lothringer“ schnaubt weiter Rache gegen Deutschland. Jeden Sonntag hält er giftige und immer giftigere Hetzreden. Ob er dies nur zu seinem Vergnügen tut oder um innere Widerstände in Frankreich zu überwinden, sei dahingestellt. Mit marktschreierischen Gebärden weist Poincaré auf die Ruinen des französischen Kriegsgebietes hin, die zwar längst beseitigt sein könnten, aber künstlich als Schaustücke für Fremde erhalten werden. Frankreichs Wirtschaftslage ist nicht nur günstig, sondern geradezu glänzend, Arbeitslosigkeit gibt es nicht, die Handelsbilanz ist stark aktiv, und das heuchlerische Jammergeschrei Poincarés wird durch nichts gerechtfertigt.

Die ganze Tätigkeit Frankreichs in der Welt ist gegenwärtig **durchaus reaktionär.** Frankreich soll allein der Hort des Reichtums, der Zivilisation und Kultur und vor allem der alleinige Ausüber der Macht in Europa sein. Mitteleuropa soll immer mehr in ein Gemengsel von Kleinstaaten verwandelt werden, daher das ewige Gerede von einer Losreißung Bayerns vom Reich und die Unterstützung der Separatisten im Rheinland. Wehr- und waffenlose Kleinstaaten, die wegen Verarmung weder Wissenschaft noch Kultur pflegen können, — das ist das Ideal Poincarés. Er möchte in Deutschland ein Chaos und wirtschaftlichen, moralischen und politischen Zerfall herbeiführen. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Was die Franzosen ersehnen, das stellen sie fortwährend schon als Tatsache hin, mag auch die Wirklichkeit ganz anders aussehen. Die Pariser nationalistische Hetzpresse nimmt den Zerfall Deutschlands schon als Wirklichkeit und schreibt bereits darüber, wie Frankreich daraus den größten Nutzen ziehen könne.

Die französische Propaganda ist eifrig bestrebt, in der ganzen Welt die Anschauung zu verbreiten, als sei in Deutschland bereits jede Ordnung aufgelöst und alles nur ein einziger Wirrwar. Die französische Propaganda sitzt in Berlin, wo sie selbst auf deutsche Blätter Einfluß hat, sie sitzt in Danzig, in Warschau und anderswo. Ihr Sprachrohr in Polen sind die polnische Telegraphenagentur und die Agencja Wschodnia. Jeder Vorfall in Deutschland wird mißverstanden, entstellt oder aufgebauscht. Rein örtliche Unruhen wie der Küstriner Putsch werden als angebliche Anzeichen rechtsradikaler Umsturzpläne genommen, während doch in Wirklichkeit die rasche Unterdrückung eines derartigen Putsches das deutlichste Zeichen ist, daß die rechtsradikalen Kreise eben nicht im geringsten über die Macht verfügen, ihre Pläne durchzusetzen. Ein großes Warschauer links gerichtetes Blatt bringt schon seit längerer Zeit in Fettdruck fortwährend die übelsten Tatarennachrichten von einem vollständigen Chaos und Umsturz in Deutschland.

Französisches Propagandawerk ist auch die ganz falsche Darstellung der Verhältnisse in Bayern. Die Lage in Bayern gibt den Deutschen, die die Sachlage kennen und nicht aus Parteirücksichten gefärbte Berichte bringen, keinen Anlaß zur Besorgnis. Durch die Ernennung des Generalstaatskommissars von Kahr ist gerade der Zusammenhalt Bayerns mit dem Reiche gestärkt worden. Der hitzige und politisch unreife Hittler ist lahmgelegt, und in Bayern herrscht Ruhe und Ordnung. Bei einer Feier des Leibregimentes war, wie schon seit längerer Zeit gewöhnlich bei solchen Feiern, Kronprinz Rupprecht anwesend. Eine Anzahl der Zuschauer aus dem Volke rief dem Vorübergehenden zu: „Es lebe der König!“ um ihre monarchistische Gesinnung zu bekunden. Der Innenminister v. Schweyer äußerte in seiner Rede, daß die Novemberrevolution von 1918 ein Verbrechen gewesen sei. Man denke an die Art und Weise, wie diese Revolution in Bayern vor sich ging: Ohne Rücksicht auf die schwerkranke Königin wurde die Herrscherfamilie vertrieben. Ein landfremder Kaffeehauspolitiker, Kurt Eisner unseligen Angedenkens, ergriff die Zügel der Regierung. Nach seiner Ermordung wurde sogar die Räteherrschaft eingeführt, die aber zum

Glück nur eine widerliche und lächerliche Episode bildete, bis die Ordnung wiederhergestellt wurde. Voriges Jahr wurde in einem großen politischen Prozeß auf Grund des Tatbestandes so wieder Gutachten einer großen Anzahl von Diplomaten, Politikern und wissenschaftlichen Sachverständigen festgestellt, daß dieser Eisner eine Anzahl von diplomatischen Telegrammen gefälscht veröffentlicht hatte und daß auf Grund dieser Veröffentlichung hauptsächlich die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands im Friedensvertrag von Versailles als Wahrheit anerkannt werden mußte. Wenn man dies alles berücksichtigt, so wird die Äußerung des bayerischen Ministers nicht mehr als etwas Ungewöhnliches erscheinen. Aus dieser unbedeutenden Episode macht nun die französische Propaganda, die leider parteipolitisch gefärbte deutsche Berichte verwerten konnte, eine Ausrufung der Monarchie in Bayern. Auf ähnliche Weise kommen die Berichte zustande, durch die Deutschland als rückschrittlich und im Zerfall begriffen dargestellt werden soll.

Das „freiheitliche“ Frankreich aber will den Deutschen ihre Freiheit und besonders den deutschen Arbeitern alle sozialen „Errungenschaften“ nehmen. Die Arbeiter im Ruhrgebiet sollen 10 Stunden arbeiten, während sonst im Bergbetrieb nur 6 bis 7 Stunden üblich sind. Die Betriebsräte, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, sollen ganz abgeschafft und die Arbeiter der Willkür französischer Ausbeuter unterworfen werden. Wie diese Ausbeuter arbeiten, das zeigen sie ja zur Genüge in dem „befreundeten Polen“, wo die Arbeiterblätter Oberschlesiens voll sind von Klagen über die Ausnutzung durch die Franzosen, den Raubbau auf den Werken und die Schinderei, die mit den polnischen Arbeitern getrieben wird. Man denke ferner an das Los der polnischen Grubenarbeiter in Frankreich, über das das „Pos. Tagebl.“ häufig den polnischen Blättern entnommene Berichte gebracht hat. Ja, Frankreich will sogar die Freizügigkeit aufheben. Es sollen nur Eisenbahner in Diensten der französischen Regie tätig sein, die am Orte ihrer Tätigkeit geboren sind. Also eine sogenannte „Kirchturmpolitik“ wird als Ideal aufgestellt. Das ist das „große, freie Frankreich.“

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Niedergang Europas in diesen Tagen wieder reißende Fortschritte gemacht hat. „Der Niedergang Europas“, so sagt Nitti, „äußert sich als wirtschaftlicher Niedergang, als geistiger Niedergang, und, was am schmerzlichsten ist, als sittlicher Niedergang. An die Stelle der Kraft der Erhebung sind Kräfte getreten, die auf die Vernichtung ausgehen.“ Bildung und Wissenschaft werden ausgehungert, mindestens zwei Drittel der Universitäten Europas sind so gut wie außer Tätigkeit. Es wird ein Kult der rohen Gewalt betrieben, vor der Gerechtigkeitsgefühl, Vernunft und Anstand täglich kapitulieren. Bei dieser furchtbar gefährlichen Lage ist anzuerkennen, welche große Ruhe und Besonnenheit das deutsche Volk, das doch am schwersten von dieser Verelendung getroffen wird, bisher bewahrt hat. So urteilte kürzlich ein Russe in der Frankfurter Zeitung: „Welch ein wunderbares Volk sind die Deutschen trotz allem! Welche Ordnung! Welche Organisation! Ruhrbesetzung, Generalstreik, Markzusammenbruch, und dennoch sind noch Nahrungsmittel ohne Krieg zwischen Stadt und Dorf da. Bei uns wäre alles längst verschwunden, zerschlagen, verhungert, getötet. Ihr habt kein Chaos in euch. Ihr seid die Organisation.“

Republik Polen.

Der Staatspräsident

ist von Spala nach Warschau zurückgekehrt.

Roman Knoll,

der polnische Geschäftsträger in Moskau, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Die erste Sejmsitzung

findet am Donnerstag dieser Woche um 4 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die Besoldung der Staatsbeamten.

Gegen den Versuch eines Beamtenstreiks

wendet sich der Innenminister an die ihm unterstellten Beamten in einem Rundschreiben folgenden Wortlauts:

„In der letzten Zeit traten in gewissen Kreisen der Staatsbeamten Tendenzen in die Erscheinung, die dahin abzielen, ihren wirtschaftlichen Forderungen durch einen Streik Geltung zu verschaffen. Ich glaube nicht daran, daß die Staatsbeamten derartigen Losungsworten Gehör schenken werden. Die Forderungen der Staatsbeamten begegneten stets dem gehörigen Verständnis der Regierung, deren Gewogenheit in Beamtenfragen unzweifelhaft ist und die ständig alles unternimmt, um die Existenz der Staatsbeamten sicherzustellen und ihre berechtigten Forderungen soweit wie möglich zu berücksichtigen. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß die gegenwärtige Besoldung der Staatsbeamten nicht vollkommen der Teuerung entspricht. Die Regelung dieser Besoldung kann jedoch nicht über die Finanzkraft des Staates hinaus erfolgen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Staatsangestellten sich dessen bewußt sein werden, daß ein Streik eine unzulässige Sache in der Hand des Staatsangestellten ist und dem Staatsinteresse direkt zuwider läuft. Ich hege das volle Vertrauen, daß sich unter den Staatsbeamten des Innenministeriums und der ihm unterstellten Behörden nicht Personen finden werden, die einen ungesetzlichen Weg beschreiten möchten, und die sich der schädlichen Folgen dieses Mittels für die Zukunft des Staates nicht bewußt werden. Ich betone jedoch mit Nachdruck, daß, sofern sich solche Elemente finden sollten, ich Uebertretungen dieser Art auf keinen Fall dulden und die volle Strenge des Gesetzes in Anwendung bringen werde“.

Ein ähnliches Rundschreiben an die Beamtenschaft haben auch die anderen Minister erlassen.

Ein Setzerstreik in Lodz.

Die Lodzer Setzer traten am Sonntag in den Ausstand, da ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden. Sie verlangen eine Erhöhung der Löhne um 60 v. H.

Ende des Bankbeamtenausstandes im Lemberg.

Die Forderungen der Lemberger Bankbeamten, die eine Woche hindurch gestreikt hatten, wurden am Sonnabend angenommen. Die Bankbeamten nahmen die Arbeit wieder auf.

Eine Valorisierung der Steuern und Abgaben.

Im Finanzministerium fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Ministers eine Besprechung über Valorisierung der Steuern und Abgaben statt. Durch die Valorisierung sollen die Verluste ausgeglichen werden, die die Entwertung der Mark dem Staate bringt.

Ausgabe von Zuckerbons.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Verband der Zuckerfabriken wandte sich an das Finanzministerium mit dem Vorschlag der Ausgabe von Zuckerbons. Dieser Vorschlag wird damit begründet, daß in der nächsten Zeit der Verband den Zuckerrübenlieferanten einen Betrag wird auszahlen müssen, der beinahe der Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Banknoten gleichkommt. Im Umlauf befinden sich 9000 Milliarden. Die Zuckerfabriken müssen für Zuckerrüben 7000 Milliarden bezahlen. Zur Erleichterung der Situation wird die Ausgabe von wertbeständigen Zuckerbons vorgeschlagen.

Fristlose Beurlaubung von Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1899 und 1900.

Das Kriegsministerium hat die fristlose Beurlaubung derjenigen Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1899 und 1900 angeordnet, die in der Zeit vom 14. April 1923 bis Ende dieses Jahres eine ausreichende militärische Ausbildung erhielten.

Hilton Youngs Mission.

Die Vorgeschichte der Berufung Hilton Youngs nach Polen.

Polnische Blätter melden: Vor einigen Monaten wandte sich der englische Ministerpräsident Baldwin an Herrn Young mit dem Vorschlag, er möchte die Finanzverhältnisse Polens prüfen. Young lehnte ab und erklärte, er könne nur auf Einladung der polnischen Regierung nach Polen fahren. Eine ihm kurz danach zugegangene Einladung der polnischen Regierung nahm er an. Mit ihm zusammen kommen nach Polen der Vizedirektor der englischen Bank Wixton und der Volkswirtschaftler Penson, der sich seit 13 Jahren mit Polen beschäftigt und die polnische Sprache beherrscht. Dieser Meldung fügen die polnischen Blätter hinzu: Es herrscht die allgemeine Überzeugung, daß die Arbeit des Herrn Young und seiner Begleiter wertvolle Ergebnisse haben wird.

Hilton Young selbst über seine Aufgabe.

Vor seiner Abreise nach Polen sprach der Abg. Hilton Young in einer großen Versammlung in seinem Wahlbezirk Norwich über den Wiederaufbau Europas und kam dabei auch auf Polen und seine Reise dorthin zu sprechen. Er sagte u. a. folgendes: „Die Republik Polen hat alle Aussicht auf künftigen Wohlstand. Ich bin fest überzeugt, daß alle Liberalen Sympathie für dieses tatkräftige Volk hegen, dessen Liebe zur Unabhängigkeit 150 Jahre der Knechtschaft und der Verfolgungen überdauerte. Vor einigen Monaten erklärte mir unser Ministerpräsident, daß ich nach seiner Ansicht dem polnischen Staate einen Dienst erweisen könnte, wenn ich der Einladung folgte, die die polnische Regierung an einige geeignet erscheinende Engländer erließ, die sie bat, nach Polen zu kommen und ihr, der polnischen Regierung, bei den von ihr beabsichtigten Finanzreformen ratend zur Seite zu stehen. Die Ausführung dieser Aufgabe wird ungefähr zwei Monate in Anspruch nehmen. Ich fühlte, daß, wenn ich sollte helfen können, es ein Fehler sein würde, wenn ich die Einladung ablehnte. Es handelt sich um Polens Wohl, und der Wohlstand dieses Landes ist mit dem Wohlstand unseres eigenen Landes eng verbunden. Ich fühlte, daß es meine Pflicht war, alles zu tun, um die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Osteuropas in die Bahnen eines normalen Lebens zurückzuführen.“

Hierauf fragte Hilton Young seine Wähler, ob sie damit einverstanden seien, daß er der ihm gestellten Aufgabe zwei Monate widmen und während dieser Zeit von England und von ihnen fern bliebe. Die Versammelten brachten durch stürmischen Beifall ihre Zustimmung zum Ausdruck.

Vom Deutschtum in Polen.

Verurteilte Deutsche.

Eine Konitzer Meldung der „Deutschen Rundschau in Polen“ vom Sonnabend besagt: Heute wurde in später Nachtstunde um 2 Uhr nach zweitägiger Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht ein Prozeß gegen dreizehn deutsche Bürger der Stadt Konitz zu Ende geführt. Die Anklage behauptete u. a. den Vorwurf des Landesverrats. Der Hauptangeklagte, ein Reichsdeutscher, befand sich bereits seit vielen Monaten in Untersuchungshaft. Er betonte mit den übrigen Angeklagten wiederholt seine Unschuld. Das Gericht erkannte auf hohe Freiheitsstrafen (Zuchthaus und Gefängnis). Es erhielten: der ehemalige Magistratsassistent Schärf **4 Jahre 7 Monate Zuchthaus**, der Maschinenbaumeister Schulz **2 Jahre Zuchthaus**, der Rentier und ehemalige Stadtrat Rhode **1½ Jahre Gefängnis**, der Photograph Greve **1½ Jahre Gefängnis**, außerdem eine Dame aus Czersk **6 Monate Gefängnis**. — Die Herren Schulz, Rhode und Greve wurden sofort in Haft genommen, Schärf ist in Haft behalten. Die Verurteilten haben gegen das Urteil sofort das Rechtsmittel der Revision eingelegt.

Presse und Justiz.

Vor dem Posener Appellationsgericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Rosner fand Freitag mittag 12 Uhr die Revisionsverhandlung gegen zwei Urteile der Bromberger Strafkammer statt, durch die der verantwortliche Redakteur für den provinziellen Teil der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg Karl Bendisch zu 9 Monaten Gefängnis und der Chefredakteur desselben Blattes Gotthold Starke zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Der inkriminierte Artikel, durch den sich der Thorner Starost Ossowski und der Wojewode für Pommerellen Brejski beleidigt fühlten, befaßte sich mit der Ausweisung einer Reichsdeutschen namens Vera Hehl. Die Revisionsgründe stützten sich im Falle Bendisch, wie seitens der Verteidigung ausführlich ausgeführt wurde, in erster Linie darauf, daß in der Begründung des Urteils nicht klar hervorginge, welcher Paragraph des St.-G.-B. für Festlegung des Strafmaßes ausschlaggebend gewesen sei, ob § 131, 185 oder 186. Ferner fühlte sich Bendisch in seiner Verteidigung beschränkt, § 193 St.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) sei überhaupt nicht berücksichtigt worden. Im Falle Starke wurde bemängelt, daß bei der Urteilsfestlegung die §§ 185 und 186 St.-G.-B. durcheinandergeraten wären, wodurch ein Rechtsirrtum entstanden sei. Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft Raczyński beantragte, die Revision zu verwerfen, derjenigen Starkes jedoch stattzugeben, da hier bei der Festlegung des Urteils tatsächlich ein Rechtsirrtum vorzuliegen scheine.

Nach 1¼ stündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Revision des Herrn Bendisch wird verworfen, ihm jedoch die Gefängnisstrafe auf Grund des § 6 des Amnestiegesetzes erlassen. Das gegen Herrn Starke ergangene Urteil wird aufgehoben und die Sache an das Bromberger Bezirksgericht zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen.

Contag noch immer im Gefängnis.

Der frühere Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“, Richard Contag, befindet sich seit mehr als sechs Monaten noch immer im Bromberger Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts.

Das Urteil gegen Contag, das auf 1½ Jahre Gefängnis lautete, wurde bereits vor Monaten vom Posener Appellationsgericht aufgehoben. Die Sache wurde zur erneuten Verhandlung

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(13. Fortsetzung.)

Dem Landgerichtsrat war natürlich seine Aufgabe nicht leicht, aber Johanna saß jetzt hochaufgerichtet und sagte sehr kühl: „Ich weiß allerdings, welch unglaubliche Anschuldigung gegen meinen armen Vater ausgesprochen wurde. Ich muß gestehen, Herr Landgerichtsrat, daß ich es nicht verstehe. Es ist ja ein unheimlicher Fund, den Sie in dem alten Keller gemacht haben, aber ihn mit meinem in der Nordsee ertrunkenen Onkel in Verbindung zu bringen und meinen Vater zum Mörder stempeln zu wollen — —“

„Es ist unumstößlich bewiesen, daß es der Körper Ihres Herrn Onkels war.“

„Furchtbar! Ganz furchtbar — Und trotzdem —“

„Gnädiges Fräulein, auch wir Richter sind Menschen und können nur nach Spuren suchen und Indizien aufstellen. Es ist traurig, daß Ihr Herr Vater geflohen ist.“

Johanna sagte scharf: „Ich bitte, Herr Landgerichtsrat, einen anderen Ton. Mein Vater ist durchaus nicht geflohen, sondern hat ganz öffentlich und auf seinem eigenen Dampfer ‚Porfirio Diaz‘ eine Geschäftsreise nach Argentinien angetreten. Wenn Sie wünschen, wird Ihnen Herr Swendholm die Briefe unserer argentinischen Freunde vorzeigen, die ihn dringend auffordern, in wichtigen Geschäftsfragen herüberzukommen. Die Reise war von langer Hand vorbereitet.“

„Aber sehr geheimnisvoll, da selbst ein vertrauter Freund des Hauses wie Herr Senator Störtebecker nichts davon wußte.“

„Herr Senator Störtebecker gehört durchaus nicht zu den vertrauten Freunden unseres Hauses, und wenn mein Vater über seine Reise nicht sprach, wird er Gründe gehabt haben.“

„Gewiß, wenn wir auch andere annehmen als vielleicht Sie, gnädiges Fräulein. Jedenfalls bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß wir durchaus nicht einseitig dem ersten Eindrucke folgen, sondern sehr gründlich untersuchen wollen, deshalb bitte ich Sie, Herrn Kriminalkommissar Wendter, der mit der Sache betraut ist, keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen.“

„Ich bin weniger eigensinnig als mein armer Vater leider war, und widersetze mich nicht Dingen, die ich doch nicht verhindern kann. Was wünscht der Herr Kommissar?“

„Ich habe gehört, daß Ihr Herr Vater in seiner Wohnung einen eingebauten Tresor besaß.“

„Allerdings, dort, im Schlafzimmer meiner Eltern.“

„Ich darf wohl annehmen, daß Sie den Schlüssel besitzen.“

„Bedaure, den hat mein Vater mitgenommen.“

„So werde ich einen Abdruck machen und einen Nachschlüssel anfertigen lassen müssen.“

„Wenn es Ihre Pflicht ist, und Sie meinem Vater gegenüber die Verantwortung übernehmen, kann ich mich auch dem nicht widersetzen.“

„Sie gestatten, daß ich hinübergehe?“

„Bitte, wünschen Sie, daß ich mitkomme?“

„Durchaus nicht.“

„Ich wiederhole —“ begann der Landgerichtsrat zu sprechen.

Johanna fühlte, daß er sie mit Absicht zurückhalten wollte, wohl um die Haussuchung des Kommissars nicht zu stören.

„Muß Herr Swendholm hier bleiben?“

„Durchaus nicht.“

„Dann erwarten Sie mich nachher im Kontor.“

Swendholm erhob sich.

„Es wird vielleicht gut sein, wenn ich das Personal für heute entlasse.“

„Ja, denn ich vermute, daß die Herren nachher auch Vaters Büro durchsuchen wollen.“

Der Landgerichtsrat warf ihr einen Blick zu.

„Das ist bereits heute morgen geschehen.“

„Gut, entlassen Sie jedenfalls die Leute, aber morgen natürlich zur gewohnten Zeit. Die Firma hat mit diesem unwürdigen Verdacht gegen einen Abwesenden nichts zu tun.“

Swendholm ging, und der Richter sagte: „Es tut mir leid, daß Sie in Ihrer sehr begreiflichen Erregung in uns gewissermaßen Feinde sehen.“

„Ich halte jeden für meinen Feind, der es wagt, die Ehre meines Vaters anzutasten.“

„Wie wollen hoffen, daß sich eine andere Lösung findet.“

„Ich brauche es nicht zu hoffen, da ich es weiß.“

Unwillkürlich bewunderte der Richter die Sicherheit des jungen Mädchens, dann aber versuchte er vergebens ein Gespräch anzuknüpfen.

„Bitte, Herr Landgerichtsrat, geben Sie sich keine Mühe. Ich weiß sehr wohl, daß Sie mich nur beschäftigen wollen, damit ich die Untersuchungen des Herrn Kommissars nicht störe. Sie haben unrecht. Je mehr ich von der Unschuld meines Vaters überzeugt bin, um so mehr werde ich jede Untersuchung fördern, denn sie kann diese Unschuld nur beweisen.“

„Sehr liebenswürdig und klug.“

Johanna antwortete nicht mehr und sah schweigend zum Fenster hinaus, bis der Kommissar wieder eintrat.

„Ich werde mir erlauben, morgen mit dem Schlosser wiederzukommen.“

„Bitte.“

„Ich brauche nicht zu betonen, daß die Siegel, die ich hier oben und unten am Privatkontor anlege, unter keinen Umständen verletzt werden dürfen.“

Johanna schüttelte den Kopf: „Hier oben können Sie siegeln, soviel Sie wollen, obgleich es überflüssig ist, weil ich ja sowieso keine Schlüssel habe. Gegen ein Versiegeln des Kontors lege ich Widerspruch ein. Wenn Sie dort etwas untersuchen wollen, tun Sie es jetzt gleich. Sonst muß das Kontor für den Vertreter meines Vaters offen bleiben. Ich wünsche auch nicht, daß die Kunden des Hauses durch derlei Dinge kopfscheu gemacht werden, und die Firma geschädigt wird.“

„Herr Swendholm würde sich wohl mit seinem Büro begnügen.“

(Fortsetzung folgt.)

an das Bromberger Bezirksgericht zurückverwiesen; zum Teil erfolgte Freisprechung, oder das Urteil wurde niedergeschlagen.

Dazu schreibt die „Deutsche Rundschau“: „Da sämtliche Delikte als Pressevergehen unzweifelhaft aus nationalen Gründen und bereits vor zwei Jahren begangen wurden, fällt der Prozeß unter die generelle Amnestie. Das Posener Appellationsgericht hat gestern durch seine Entscheidung im Fall Bendisch diesen Standpunkt unzweideutig anerkannt. Da Contag keine Strafe zu gewärtigen hat, kann nach unserem Dafürhalten auch kein Fluchtverdacht vorliegen, so daß der Grund für die Untersuchungshaft bereits seit dem Monat Juli, in dem das Amnestiegesetz publiziert wurde, hinfällig geworden sein dürfte.“

Besuch von deutschen Großindustriellen bei General Degoutte.

Am Freitag, dem 5. Oktober, ließen sich, wie aus Paris gemeldet wird, die Großindustriellen Stinnes, Vögler, Klöckner und der Leiter der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet, von Velsen, bei General Degoutte in Düsseldorf melden und hatten mit ihm eine Unterredung. Am Sonnabend gab die Agence Havas einen Bericht über die Zusammenkunft aus. Die Verhandlung, die zum Gegenstand die Wiederaufnahme der Arbeit und den provisorischen Wiederbeginn der Reparationslieferungen hatte, soll drei Stunden gedauert haben. Die Industriellen hatten die Ermächtigung Stresemanns und hatten vorher mit Krupp v. Bohlen im Gefängnis verhandelt. Die Delegierten reisten nach der Unterredung nach Berlin zurück, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten.

Eine Unvorsichtigkeit des Generals Degoutte

Der Berichterstatter des „Journal des Debats“ kritisiert, daß General Degoutte die deutschen Herren ohne Zeugen empfangen hat, obgleich er doch hier als Beauftragter Frankreichs und Vertreter der Verbündeten gehandelt habe. Die deutschen Delegierten seien nach den beim Waffenstillstand beobachteten Formalitäten an den Vorposten empfangen und in das französische Hauptquartier geführt worden. Der Berichterstatter äußert sein Bedauern darüber, daß General Degoutte niemand neben sich hatte, als er die deutschen Industriellen empfing. Er meint, falls nicht ein Protokoll unterschrieben worden sei, wovon man noch nichts wisse, werde das Verhalten des Generals alle möglichen Manöver erleichtern und vielleicht als Unvorsichtigkeit erscheinen.

Wutausbrüche.

Die Rede Lord Curzons begegnet in den französischen Blättern einem wahren Wutgeheul des Widerspruchs. Man stellt sich, als ob man es nicht für möglich gehalten hätte, daß ein englischer Außenminister wie Lord Curzon eine Sprache zu reden sich erkühne, die sich von derjenigen des englischen Premierministers Baldwin völlig unterscheide. „Echo de Paris“ tobt ganz besonders scharf gegen den englischen Außenminister.

„Wir haben Lord Curzon gegenüber keine Verpflichtungen übernommen, und wir erwidern auf seine Rede, daß wir einen allgemeinen Reparationsplan erst nach Verwirklichung des Ruhrprogramms vom 11. Januar erörtern werden; denn dieses gedenken wir zur Grundlage der allgemeinen Lösung zu machen. Wenn wir über unsere künftigen Richtlinien auch nur den geringsten Zweifel hätten, so würde ihn der erste Teil der Rede des englischen Ministers gewiß zerstreut haben. Das gesamte Waffenarsenal der in London seit den letzten acht Monaten geschmiedeten Argumente hat sich von neuem geöffnet. Man braucht wohl nicht auf die Zwecklosigkeit der gegen uns aufgestellten Behauptungen hinzuweisen. Wir erklären Lord Curzon, daß, wenn er Deutschland in so ritterlicher Weise seiner laut Versailler Vertrag eingegangenen Verpflichtungen entbindet, **wir uns unserer Verpflichtungen betreffend die interalliierten Schulden als ledig erklären.** (Deutschland, dem besiegten und ausgesogenen Lande, das seine Kolonien, seine Handelsflotte, die Industrie Oberschlesiens und die Landwirtschaft Posens und Westpreußens verloren hat, wird eine ungeheure Summe abverlangt, und das reiche, mächtige, siegreiche Frankreich will sich weigern, seine mäßigen Schulden an den Verbündeten zu zahlen. Großartiger Edelmut!) Aus der These des englischen Außenministers möchten wir nur entnehmen, daß die Erörterung der von ihm geforderten Verhandlungen mit großen Nachteilen umgeben sein werde. Lord Curzon wird, wenn er auf der Bildfläche erscheinen wird, nicht umhin können, ein ganzes System von Ideen aufzustellen, die mit der Verwirklichung unseres Werkes unvereinbar sind. Das beste ist daher, **eine Unterhaltung fallen zu lassen, für die keine Aussicht auf ein günstiges Ergebnis besteht.**“

Im „Figaro“ wird erklärt, die Erklärungen Baldwins seien diejenigen eines originellen (!) Denkers (Dabei hat Baldwin seine vorher geäußerte bessere Einsicht verleugnet, nicht aus einem eigenen Gedanken heraus, sondern auf das Geschwätz und Gehetz der Konservativen hin.) und aufrichtigen Freundes Frankreichs gewesen, die Rede Lord Curzons dagegen, die in einem schneidenden Tone gehalten ist, lasse auf einen Mann schließen, den der Mißerfolg seiner Politik erbittert. Die Rede Lord Curzons sei außerdem voll von Widersprüchen. Der englische Außenminister habe erklärt, daß er das Reparationsproblem mit den Franzosen in einem freundschaftlichen Geiste prüfen wolle, und hinzugefügt, daß Deutschland den passiven Widerstand bereits vor drei Monaten hätte einstellen sollen. Gleichzeitig betonte Lord Curzon erneut, daß die Besetzung des Ruhrgebiets unpraktisch und ungerecht sei und lediglich einen Aufschub der Zahlungen sowie die innere Zerstückelung Deutschlands zur Folge haben könne. Mit anderen Worten: England möchte mit Frankreich zusammenarbeiten; aber ihm erscheint die französische Politik als unannehmbar. Dieser Widerspruch könne nur durch den kurzsichtigen, negativen Charakter der englischen Politik erklärt werden.

Aus dem Pariser Lügenkessel.

Heute so, morgen so.

Die Pariser Lügenpropaganda arbeitet eifrig und unermüdlich daran, allerlei handgreiflichen Schwindel über Deutschland zu verbreiten, und die Polnische Telegraphen-Agentur nimmt diese Ergüsse Tartarins willig auf. So läßt sie sich aus Düsseldorf unter dem 7. Oktober melden, daß die deutschen Blätter den französischen Behörden die Absicht unterschieben, den 10stündigen Arbeitstag im Ruhrgebiet einzuführen. Natürlich alles „deutsche Lügen“, um das ehrenwerte Frankreich in Deutschland (als ob es da noch nützlich wäre) und im Ausland zu diskreditieren. Dabei hat die Polnische Telegraphen-Agentur unter dem Datum des 3. Oktober selbst ein Telegramm aus Münster in Westfalen gebracht, in dem mit dürren Worten berichtet wird, daß ein Adjutant des Generals Degoutte eine Delegation aller Berufsverbände des Ruhrgebietes empfing. Unter den Bedingungen steht an zweiter Stelle: Einführung des 10stündigen Arbeitstages (wprowadzenie 10-godzinnego dnia pracy), (s. „Depesze Poranne“ vom Donnerstag, dem 4. Oktober). Was also vor fünf Tagen als objektive Tatsache gemeldet wurde, ist jetzt deutsche Lüge. Da stimmt wohl etwas nicht.

Extrabelohnungen für bayerische Biertrinker

Bayern will sich bekanntlich, wie die französische Propaganda erklärt, vom Reich losmachen. Zu diesem Zweck hat es, so behaupten französische und polnische Blätter, sich einen Diktator in der Person des Herrn v. Kahr gesetzt. Dieser besagte Herr v. Kahr weiß in ganz raffinierter Weise das bayerische Volk für seine Gewaltpolitik zu ködern. Er faßt die Bayern an ihrem schwächsten Punkt — dem Biergenuß. Der bayerische Diktator hat, man höre und staune, verordnet, daß nicht nur das Bier an seine braven Landsleute kostenlos verabfolgt wird, sondern daß sogar jedem Biertrinker nach jedem genossenen Maß dessen bisheriger Preis als Extraprämie ausgezahlt wird. Natürlich hat der Diktator gewonnenes Spiel, alle bayerischen Bierherzen schlagen nur für ihn und er ist der Liebling des Volkes. Ja, ja! — es ist kein Scherz. Die polnische Telegraphen-Agentur meldet es, schwarz auf weiß. Die „Depesze Poranne“ vom Montag, dem 8. Oktober, bringen aus München, den 7. Oktober (Pat.), folgendes Telegramm: Unfehlbares Mittel zur Popularität des Herrn Kahr. Der Generalkommissar v. Kahr **verfügte eine Herabsetzung des Bierpreises um 200 Prozent** (zarządził redukcję cen piwa o 200 proc.) Den Fabrikanten dieser Meldung ist also nicht klar geworden, daß man zwar Preise um jeden beliebigen Prozentsatz erhöhen kann, daß aber bei ihrer Herabsetzung die Skala nur bis 99 Prozent geht. Eine Preisermäßigung um 100 Prozent bedeutet kostenlose Abgabe, eine solche um 200 Prozent aber läßt sich nur so verstehen, daß dem Abnehmer der bisherige Preis als Zugabe ausgezahlt wird. An ihrer Schwäche im Kopfrechnen ist die Polnische Telegraphen-Agentur also diesmal mit ihrer hübschen Meldung gescheitert.

Auch Württemberg auf Abwegen

Nach diesen Proben kann man beurteilen, was es mit einer Meldung der Agencja Wschodnia auf sich hat, die uns erzählt, daß „Exchange Tel.“ meldet, die württembergische Regierung verhandle mit der bayerischen wegen einer gemeinsamen Separatistenfront gegen Berlin. „Exchange Tel.“ macht sich zum Diener derjenigen englischen Kreise, die hinter der „Daily Mail“ stehen, die von Paris aus redigiert wird. Womit sind denn eigentlich die Württemberger für den Separatismus geködert worden? Vielleicht mit Bratwürsten? Vorsicht vor all solchen Schwindelnachrichten ist aufs dringendste zu empfehlen.

Sowjetrußland.

Die Ausbildung der Soldaten und der Offiziere der Roten Armee.

Der Leiter des militärischen Ausbildungswesens Rußlands, Petrowski, informierte einen englischen militärischen Sachverständigen über einige Eigentümlichkeiten der Ausbildung in der Roten Armee. Er sagte:

„Wir verlangen von unseren Soldaten hauptsächlich zwei Dinge. Sie müssen lesen und schreiben können und körperlich kräftig sein. Das Letztere ist bei unseren Leuten fast immer der Fall. Wir kriegen sie schon mit 16 Jahren und dann beginnt ihre Erziehung.“ Die Methode des Unterrichts bei der roten Armee ist sehr eigenartig. Der Lehrplan besteht darin, daß die Rekruten recht viele Bücher lesen müssen. Es gibt keine bestimmten Lehrstunden, und der Lehrer erteilt nur Unterricht, wenn er darum gebeten wird. Die Prüfungen bestehen darin, daß jeder Mann Bleistift und Papier bekommt und nun aufschreiben muß, was er weiß. Die Haupterziehung aber besteht in politischen Diskussionen und im Schreiben von Aufsätzen. Dafür werden Preise ausgesetzt. Der rote Soldat wird sofort politisch geschult, hat Stimmrecht, und die Armee schickt ihre eigenen Vertreter in den Sowjetkongreß.

„Die erste Ausbildung der Offiziere dauert drei Jahre“, erklärte Petrowski. „Dann tun die Offiziersschüler ein Jahr Dienst in der Linie, kommen danach auf die hohe Schule, wo sie sich in einer bestimmten Waffengattung ausbilden, und werden später „Roter Kommandeur“ einer Kampagnie. „Roter Kommandeur“ ist der einzige Titel, der in der Armee verliehen wird. Nach einem zweiten Jahr in der Linie erhält der Offizier seine letzte Ausbildung auf der Militärakademie.“ Was den kameradschaftlichen Geist der roten Soldaten angeht, so legt Petrowski besonderen Wert auf den Befehl: „Es ist die Pflicht eines Offiziers, seine Leute zu grüßen: nicht die des Gemeinen, seine Offiziere zu grüßen.“ „Wir Offiziere sind das Gehirn der Armee,“ so erklärte er diese Verordnung, die dem Engländer höchst merkwürdig erschien. „Aber ein noch so starkes Gehirn ist im Kriege nichts wert, ohne kräftige Arme und Beine, die seine Gedanken in die Tat umsetzen. Die Gemeinen sind die eigentlichen Kämpfer, deshalb grüßen wir sie.“

Trotzki spricht.

Wie dem Berliner Sowjetorgan „Nakanune“ aus Moskau gedrahtet wird, hatte der amerikanische Senator King vor seiner Abreise aus Moskau eine Unterredung mit Trotzki. Auf die Frage Kings, welche Haltung die russische Sowjetrepublik im Falle des Ausbruches einer neuen Revolution in Deutschland einnehmen würde, antwortete Trotzki:

„Wir wollen vor allen Dingen den Frieden. Wir werden keinen einzigen Soldaten der Roten Armee die russische Grenze überschreiten lassen, wenn wir nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden. Sollten die deutschen Monarchisten siegen, sich mit der Entente verständigen und von dieser den Auftrag zur Intervention gegen Sowjetrußland erhalten, so werden wir selbstverständlich kämpfen. Aber ich glaube nicht an diese Perspektive. Jedenfalls werden wir uns in einen inneren Bürgerkrieg nicht einmischen, denn das wäre nur möglich durch einen Krieg gegen Polen. Einen Krieg wollen wir aber nicht. Wir verhehlen keineswegs unsere Sympathie für die deutsche Arbeiterklasse, wir stehen voll und ganz auf ihrer Seite, wir stehen auf seiten des deutschen Volkes gegen den Imperialismus, aber wir treten gleichzeitig voll und ganz für den Frieden ein. Die geringe Stärke der Roten Armee, die unter Aufrechterhaltung kleiner Instruktionskadres in eine Territorialmiliz zur Verteidigung des Landes umgebildet wird, ist die beste Garantie der friedlichen Verteidigungspolitik der russischen Sowjetrepublik. Die Sowjetregierung hat ein Interesse an der Durchführung der von ihr übernommenen Verpflichtungen und der Aufrechterhaltung des Vertrauens der Geschäftswelt. Sie wird alle ernsten ausländischen Firmen unterstützen, die in der Industrie Sowjetrußlands dauernde Kapitalsanlagen machen wollen. Die „neue Wirtschaftspolitik“ Sowjetrußlands ist eine Lebensnotwendigkeit für die millionenköpfige russische Bauernschaft und soll während einer längeren Periode aufrechterhalten werden.“

Schwierigkeiten der russischen Getreideausfuhr.

Wie der „Ekon. Schisnj“ aus Charkow gemeldet wird, sind die ersten Schritte bei der Bereitstellung von Getreide in der Ukraine auf ernste Schwierigkeiten gestoßen. Die größten Organisationen haben unter dem Mangel an Zahlungsmitteln sowie unter dem Umstande zu leiden, daß es unmöglich ist, die Tscherwonzen (1 Tscherwonez gleich 10 Rubel Gold) zu wechseln. Die Staatsbank hat erst 500 000 Pud Getreide bereit gestellt und es fehlt ihr an Mitteln für weitere Einkäufe, auch die Ukrainische Bank klagt über Mangel an Mitteln. In derselben Lage befinden sich der „Chleboprodukt“ und der „Selski Gospodar“. Aus Zarizyn besagt eine Meldung des oben genannten Blattes, daß für die Ausfuhr kein Getreide übrig sein werde. Im Gegenteil, nach den letzten Angaben des Gouvernements-Wirtschaftsrates sei eine Einfuhr von über 5½ Millionen in das Gouvernement, das unter Hagel, Trockenheit und Schädlingen gelitten habe, erforderlich. Berichte aus Samara klagen über den Mangel an Beförderungsmitteln, ebenso fehle es an Säcken für den Getreidetransport.

Die Sitzung des deutschen Reichstages

fand am Sonnabend nachmittag 2½ Uhr statt. Das neue Kabinett war am Regierungstisch versammelt. Reichskanzler Dr. Stresemann ergriff das Wort zur Regierungserklärung. Von den Kommunisten wird er mit lärmenden Zurufen empfangen, u. a. hört man den Ruf: „Kulisse für Stinnes!“ Stresemann weist diese Zurufe zurück und beginnt seine Rede.

Der Reichskanzler wendet sich zuerst gegen den Reichsverband der Eisen- und Stahlindustriellen, der erklärt habe, der Parlamentarismus habe versagt. Stresemann stellte die Gegenfrage: „Hat denn nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte?“

Der passive Widerstand

war keine Waffe mehr, er brachte uns die finanzielle Zerrüttung, den Markverfall, so daß wir den Tag vor Augen sahen, wo die deutsche Mark aufhörte, im Auslande und Inlande irgend ein Zahlungsmittel zu sein. Wenn wir infolgedessen den Kampf aufgeben mußten, so geschah es in dem Gedanken, daß eine Festung kapituliert, weil sie keinen Proviant mehr hat oder die Gefahr droht, daß das ganze Volk sich nicht mehr ernähren kann. Das ist keine Sache, deren man sich als nationaler Mann zu schämen hat. (Beifall.)

Die deutschen Angebote.

Ich darf wohl sagen, unsere Angebote an Frankreich sind das Weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten hat. Es gibt kein beschämenderes Dokument als die Denkschrift der Reichsregierung über die Behandlung der deutschen Angebote. Wir haben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet nicht aufgegeben, wir werden niemals den Kampf um die Menschheitsrechte der Bevölkerung aufgeben. (Lebhafter Beifall.) Wir denken gar nicht daran, auch nur das Geringste dieser Grundsätze aufzugeben. (Beifall.) Wenn es sich um die Endentscheidung handelt, dann mögen Sie (nach rechts) sehen, ob wir dann hier etwas aufgeben werden. Eines wollen wir betonen, gleichgültig, ob wir jetzt in der Lage sind, denen zu helfen, die bis in die letzten Tage hinein weiter unter Bedrückung und Ausweisungen zu leiden hatten: Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser ist die Hoheit in diesem Lande. (Stürmischer Beifall.)

Man spricht davon, die deutsche Regierung müsse erst ihren „guten Willen“ zeigen; dagegen darf ich fragen: über das hinaus, was wir angeboten haben zu leisten und zu erfüllen, in dem Memorandum vom 7. Juni und in dem, was ich erwähnt habe an Finanzmonopolen und anderen, — was soll Deutschland darüber hinaus zu leisten anbieten? Es ist ja das Letzte, was ein Volk zu leisten anbieten kann.

Unser Wille ist der zur Verständigung; aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes, das haben diejenigen Erregungen bewiesen, deren Zuckungen wir gerade auch in dieser Zeit erlebt haben, allerdings in Auswirkungen, die wir nicht billigen, sondern verurteilen, die aber niemals geschehen konnten, wenn nicht die Saat dazu gestreut worden wäre durch die Gewaltpolitik, die Deutschland gegenüber in den letzten Jahren geübt worden ist.

Das Ermächtigungsgesetz.

Wir haben eine ganze Reihe von Maßregeln in Aussicht genommen; das geht nicht mit dem parlamentarischen Apparat, wie er aufgezogen ist. Das Ermächtigungsgesetz müssen Sie uns geben. (Stürmische, andauernde Unterbrechung der Kommunisten.) Es ist ganz klar, daß der Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Andauernde Rufe der Kommunisten: Lüge!)

Deutsches Reich.

** **Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei.** Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Der Feind steht im Lande. Der deutsche Reichstag aber verhandelt endlos unter dem Hohn des Auslandes über die Neubildung der Regierung. In höchster Not ist das deutsche Volk führerlos. Im Namen unserer bedrängten Brüder an Rhein und Ruhr und im Namen von Millionen deutscher Volksgenossen der unbesetzten Gebiete fordern wir: Schluß mit dem hilflosen Hin und Her der Parteien!

** **Der Hauptvorstand des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller** sowie der Fachgruppenausschuß der Industrie nahmen in ihrer Berliner Tagung folgende Entschließung zur politischen Lage an: „Des Deutschen Reiches Einheit, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft sind in größter Gefahr. Der Parlamentarismus hat versagt. Über die jetzige Not helfen uns nur willensstarke und zielbewußte Männer hinweg.“

** **Polemik der „Germania“ gegen die Deutsche Volkspartei** Die „Germania“ führt die Rechtsschwenkung der Deutschen Volkspartei auf den Einfluß der Großindustriellen zurück. Man könnte sich die Macht dieser Männer gefallen lassen, wenn sie Deutschland aus dem Elend helfen würden. Das können sie aber nicht. Ihre Macht sei ein Kind der Inflation, der typischen Krisen der Nachkriegszeit, und man könne von ihr nur Symptome des Niederganges und nicht der Beendigung des Niederganges erwarten. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese Macht ihre bisherige Anonymität aufgebe.

** **Zusammenstoß zwischen Deutschvölkischen und Kommunisten in Allenstein.** Die deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft in Allenstein hielt dieser Tage eine Versammlung ab, zu der ungefähr 40 Personen erschienen waren. Auf Ersuchen wurde die Versammlung durch einen Posten der Schutzpolizei geschützt. Bei ihrer Rückkehr von der Versammlung wurden die Mitglieder der deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft in der Nähe des „Königlichen Hofes“ von Kommunisten angerempelt. Der Schriftführer Kirschbaum gab in der Notwehr einen Schreckschuß ab, hierauf wurde von den Kommunisten mehrmals geschossen. Verletzt ist niemand. Nachdem die Schutzpolizei zwei der Beteiligten zur Feststellung des Sachverhaltes nach der Stadtpolizeiwache abgeführt hatte, zerstreuten sich Angegriffene und Angreifer.

Am 7. d. Mts. kurz vor unserm Umzuge nach Deutschland, starb sanft mein Letztes, meine innigstgeliebte, einzige Schwester, Volksschullehrerin i. R.

Alice Neumann

In tiefem Schmerz
die vereinsamte Schwester
Ella Neumann.

Puszczykowo, den 8. Oktober 1923.

Die Beerdigung findet am 10. d. Mts., nachmittags 4 Uhr auf dem Garnisonkirchhofe in Posen statt.

Habe mich niedergelassen

W. STĘPKA, Dentist
Wielkie Garbary 18 (fr. Gr. Gerberstraße 18).
Sprechstunden 9½—12½ und 3—5½.

Doppelkonus-
Rüben- u. Kartoffel-
schneider

für große Leistungen offeriert, solange der Vorrat reicht, ab **Lager Poznań**

Woldemar Günter
Landwirtschaftliche Maschinen u. Bedarfsartikel,
Fette u. Oele.
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6.
Tel. 52-25.

Bin ständiger Käufer
und erbitte Offerte von:

Viktoriaerbsen,
Raps, Ackerbohnen,
Seradella,

sowie anderen landwirtschaftl. Produkten.

Emil Blum, Opalenica,
Telephon 33.

Dywan Poznań, ul. Wrocławska 20
Spezial-Teppich-Haus
empfiehlt
Teppiche, Läufer, Linoleum usw.
Riesenauswahl. — Tel. 37-49. — Mäßige Preise.

1a Preßtorf gibt preiswert ab
P. Schulz, Gostyń.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1923

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Gdański
Handel Zamorski S. A.
Aktiengesellschaft
Danzig, Kassubischer Markt 17-20.
Tel.: Danzig 6-91.

Wir kaufen nur Waggonladungen:

Braumalz
Roggen min. 120 pfündig
Braugerste
Acker-, Pferde- u. Taubenbohnen
Weiße u. bunte Bohnen
Linsen
Viktoriaerbsen
Grüne Erbsen
Kleine gelbe Felderbsen
(ausges. Qualität)
Kartoffelfabrikate:
Kartoffelmehl
Kartoffelstärke
Kartoffelwalzmehl
Kartoffelflocken
Kartoffelschnitzel

Wir empfehlen uns zur Winter- u. Frühjahrslieferung von
Künstlichen Düngemitteln.

Gdański Handel Zamorski

Bekanntmachung.

Infolge der weiteren Erhöhung der Kohlenpreise um 33% sowie der fortgesetzten Lohnerhöhungen beschloß der Magistrat in seiner Sitzung vom 4. d. Mts., den Preis für Koks auf 2 500 000 Mk. für die Tonne,
„ Teer auf 12 060 „ für 1 Kilogramm,
„ Gas auf 10 000 „ für 1 Kubikmeter
von sofort mit Gültigkeit seit der letzten Ablesung des Gasmessers, zu erhöhen.

Magistrat XI/2.

Ich biete zu günstigen Preisen und zur sofortigen Lieferung an:

Kartoffel- Erntemaschinen, Sortiermaschinen, Waschmaschinen,
Rübenheber.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Liegenden
6 PS Flüssigkeitsmotor
kauft
H. Methner, Maschinenfabrik,
Bojanowo, pow. Rawicz.

Küchenherd für Restaurant oder große Küche, blauweiße Kacheln, 9½ Kacheln lang, mit vielen Messinghaken, sehr gut erhalten, **sofort hier zu verkaufen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Wolle ungewaschene, kaufe ich und zahle die höchsten Preise. Tausche Wolle aus gegen Strickwolle, Wollwaren, Trikotagen u. Teppiche eig. Fabrik.

W. Olszański, Poznań (862
Św. Marcin 56. — Tel. 29-31.
Ich bitte auf meine seit 1916 bestehende Firma zu achten.

Mehrere Butter- und Quarktonnen
zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Kreissägeblatt
fast neu, 70 cm. Durchmesser,
sofort zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Welche Firma

gedenkt in Król. Huta (Poln.-Oberschl.) ein Kommissions-Lager, Verteilungsstelle etc., gleich welcher Branche, einzurichten? Groß. Geschäftslokal steht zur Verfügung. Angebote unter **Schließfach 127, Königshütte.**

Guter Gelegenheitskauf!
Antiquarisch, wie neu:
Brehm's Tierleben,
reich illustriert, 10 Bde., eleg. geb., 1. Aufl.
Angeboten sehen wir entgegen.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.
Abt. **Versandbuchhandlg.**

Ankäufe u. Verkäufe

Schmiede
zu kaufen oder zu pachten gesucht. Off. u. **9441** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gut erhaltenes
Eßzimmer, Küchenschrank und Flurgarderobe
zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. **9442** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kaufe sämtliche getragene **Garderobe, Wäsche usw.**
Zahle die bekannten, höchsten Preise.
W. Schmidt,
Poznań, ul. Zamkowa 4
(vis-à-vis dem Standesamt).

Wir bieten antiquarisch, gut erhalten, zum Kauf an:
Methode Toussaint-Langenscheidt
Englisch.
Angeboten sehen wir entgegen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt.: **Versandbuchhandlg.**
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Seltenes Angebot!
Wir bieten antiquarisch, tadellos erhalten, zum Kauf an:
A. Bier, H. Braun, H. Kümmel
Chirurgische Operationslehre
2. Aufl. 1917.
Band I u. IV, elegant gebunden.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Spielplan des Großen Theaters.

Montag,	den 8. 10., um 7½ Uhr: „**Glocken von Corneville**“, Komische Oper v. Planquette.
Dienstag,	den 9. 10., um 7½ Uhr: „**Faust**“, Oper von Gounod.
Mittwoch,	den 10. 10., um 7½ Uhr: „**Troubadour**“, Oper von Verdi.
Donnerstag,	den 11. 10., um 7½ Uhr: „**Glocken von Corneville**“.
Freitag,	den 12. 10., um 7½ Uhr: „**La Bohème**“, Oper von Puccini.
Sonnabend,	den 13. 10., um 7½ Uhr: „**Ballett-Abend**“.
Sonntag,	den 14. 10., um 7½ Uhr: „**Troubadour**“, Oper von Verdi.

Vom 8. bis 14. **Kino Colosseum** Vom 8. bis 14.
św. Marcin 65.
Viggo Larsen, Camilla Holay und Winterstein
in dem aussergewöhnlich spannenden 6aktigen Sensations- u. Abenteurerdrama
Schiffbruch des Lebens
Der Film macht Atem und Pulsschlag des Zuschauers vor Spannung stocken und die Augen sich weiten.
Beginn der Vorstellungen: täglich um 4, 6 u. 8 Uhr.
An Sonn- u. Festtagen beginnt die 1. Vorstellung um 3½, die letzte um 8½ Uhr.

Witwe, 43 Jahre alt, ohne Anhang, evgl., besitzt ein Hausgrundstück in Kleinstadt, wünscht auf diesem Wege paff. Bekanntschaft zwecks
Heirat.
Herren nicht unter 45 Jahren (Geschiedene ausgeschlossen) bitte Gefl. Offerten u. **H. O. 9429** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. einzus.

Posener Bachverein.
Donnerstag, d. 11. 10. 23, abends 7 Uhr:
Konzert
in der Kreuzkirche.
Eintrittskarten für 50 000, 25 000, 10 000 M. in d. Ev. Vereinsbuchh. Der Ertrag ist für die Armen der Kirche bestimmt. (9496

Landwirtstochter, 28 J. alt, evgl., gebild., musikal., stattl. Erschein. mit 400 Mill. Mk. Vermögen u. Aussteuer, sucht die Bekanntsch. eines solid. u. strebs. Herrn in gut. Position oder Gutsbesitzer zwecks spät.
Heirat.
Gefl. Off. u. **B. 9443** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junger gebildeter Herr, fertiger Landwirt, sucht
Briefwechsel
mit katholischer Dame zwecks **späterer Heirat.** Damen aus den landwirtschaftl. Kreisen bevorzugt. Diskretion Ehrensache. Off. unt. **9416** an die Geschäftsstelle d. Bl.

VOLLREIFEN
Peter's Union u. Liga
Gr. 1010×120 — 930×120 — 930×140.
Zu **sehr günstigen Preisen** liefert
„AUTO“ Przemysł Samochody Tow. Akc.
d. **P. Czarnecki,**
Poznań, Zwierzyniecka 8,

Fabrik- u. Speisekartoffeln
kauft in jeder Menge
T. Nowicki, früh. Ryczywol
Dom Roln. Handlowy
Poznań, Plac Wolności 11. Telephon 3326.

Roßschwanzhaare, künstliche Zähne
kauft und zahlt die **höchsten Preise**
Poznań, ul. Szewska 15.

Treibriemen
Leder, Kamelhaar, Hanf
Sander & Brathuhn
Hanf- u. Draht-Seile
Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019



Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Dienstag, 9. Oktober 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 229.

Das Gesetz über die Vermögensabgabe.

Erläutert von Notar Czaja.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses im „Dziennik Ustaw" vom 26. d. Mts. erschienenen Gesetzes vom 11. August sind folgende:

Die Vermögenssteuer wird vom Jahre 1924 bis Ende 1926 erhoben in sechs halbjährigen Raten im Gesamtbetrage von 1 Milliarde Goldfrancs, umgerechnet auf Polenmark nach dem Kurse 1 Goldfranc = 20 000 Papiermark, und zwar: 1. 500 Millionen Goldfrancs von der Land- und Forstwirtschaft, 2. 375 Millionen von Industrie, Handel und Gewerbe, 3. 125 Millionen von dem übrigen der Abgabe unterliegenden Vermögen. Sie wird erhoben: a) von allen länger als ein Jahr, vom 1. Juli 1923 zurückgerechnet, in Polen wohnhaften physischen Personen, b) von allen Personen ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz, die in Polen unbewegliches Vermögen, also Grund und Gebäude und intabulierte Forderungen besitzen, im Werte derselben sowie vom Anlage- und Betriebskapital in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, im Handel und Industie, c) von Nachlässen, die von Erben noch nicht angenommen wurden, d) von juristischen Personen, also Vereinen, Stiftungen, Genossenschaften, Aktiengesellschaften und dergl., e) von dem von polnischen Staatsangehörigen seit dem Jahre 1918 im Auslande erworbenen oder angelegten Vermögen. Befreit von der Abgabe sind: 1. der Staat und die autonomen Verbände, 2. Baugenossenschaften für die Erbauung neuer Wohnhäuser, 3. die vom Staate subventionierten Konsumgenossenschaften, die dem Revisionsverbande zugehören, 4. Unternehmungen der Arbeiter und Staatsangestellten, die sich nicht mit Handelstransaktionen befassen, 5. Personen, deren Gesamtvermögen am 1. Juli 1923 den Betrag von 3000 Goldfrancs nicht überstieg, 6. Eigentümer von Wäldern rücksichtlich des Holzbestandes, welchen hiervon die Holzabgabe vorgeschrieben wurde. Sachliche Befreiungen: Bibliotheken, Sammlungen für Schulzwecke ohne Rücksicht auf ihren Wert, Mobiliar, Kleidung und Hauseinrichtung für den persönlichen Gebrauch der Familienangehörigen im Werte bis 5000 Goldfrancs, den Militärpersonen überlassene Grundstücke, Grundstücke an den Ostgrenzen bis 20 Hektar, polnische Staatsanleihen, Vermögen, die Kultus-, Unterrichts-, Wohltätigkeits- und hygienischen Zwecken gewidmet sind, Neubauten in Städten, errichtet auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1922, und landwirtschaftlicher Besitz an den Ostgrenzen bis 15 Hektar, dessen Gebäude im Kriege vernichtet wurden, falls deren Eigentümer bis 1. Juli 1923 ein Wohnhaus und mindestens ein Wirtschaftsgebäude nicht besaßen.

Gegenstand der Abgabe ist das gesamte Vermögen nach dem Stande am 1. Juli 1923 nach Abzug der dasselbe vermindernden Schulden und Lasten, und sind zum Vermögen des Familienoberhauptes die Vermögen des im gemeinsamen Haushalte lebenden anderen Eheteiles und der minderjährigen ehelichen Kinder zuzurechnen.

Bewertung des Vermögens: Dasselbe wird bewertet nach dem durchschnittlichen Marktwerte am 1. Juli 1923, umgerechnet auf Goldfranken nach obigem Schlüssel. Die Grundstücke außerhalb der Städte werden nach einem zu ermittelnden Einheitspreise für jede Bonitätsklasse, die Gebäude und das Inventar mit je 10 Prozent des Wertes der Grundstücke bewertet. Das Vermögen der Industrie-, Gewerbe- und Handelsunternehmungen, welche Handelsbücher führen, werden auf Grund der Bilanzen berechnet, ohne Abzug des Betriebs- und Reservekapitals. Für das übrige Vermögen wird der Finanzminister eine Schätzungsvorschrift herausgeben. Höhe der Abgabe: über 3000 bis 4500 Goldfranken 1,2 Prozent, 4500 bis 6000 1,4 Proz., 6000 bis 7500 1,6 Proz., 7500 bis 10 000 1,8 Proz., 10 000 bis 12 500 2 Proz., 12 500 bis 15 000 2,2 Proz., 15 000 bis 25 000 2,4 Proz., 25 000 bis 35 000 2,6 Proz., 35 000 bis 45 000 2,8 Proz., 45 000 bis 60 000 3 Proz., 60 000 bis 75 000 2,2 Proz., 75 000 bis 90 000 3,4 Proz., 90 000 bis 120 000 3,6 Prozent usw. Der höchste Prozentsatz sind 13 Prozent beim Werte über 16 Millionen Goldfranken.

Bemessung der Abgabe: Dieselbe erfolgt in erster Instanz durch Schätzungskommissionen und in zweiter Instanz durch Berufungskommissionen, bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten juristischen Personen durch die Finanzkammern (Inspektorate). Für jeden Steuerbezirk (Bezirkshauptmannschaft) wird eine Schätzungskommission von 15 bis 24 Mitgliedern nebst Ersatzmännern gebildet unter dem Vorsitz des Finanzinspektors, in welche Personen einberufen werden, welche gewählt werden von den Bezirksausschüssen, Bezirksräten, landwirtschaftlichen Organisationen, von Handels- und Gewerbekammern, von Vereinigungen der Kaufleute und sonstigen Gewerbetreibenden und Handwerkern, von Hausbesitzervereinen und von Genossenschaften anderer Unternehmungen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. Oktober.

Wie lange soll der Krankenkassenärzteausstand noch dauern?

Morgen sind 14 Tage ins Land gegangen, daß die Krankenkassenärzte ihre unmittelbare Tätigkeit für die Posener Krankenkassen eingestellt haben. Bisher aber verlautet leider noch immer nichts über die Beilegung des unerquicklichen Ausstandes, unter dem die zahlreichen Krankenkassenmitglieder ganz erheblich leiden. Denn, da die Ärzte sie nur noch als Privatpatienten behandeln, müssen sie einmal die Arztgebühren bei einer Inanspruchnahme des Arztes sofort begleichen und sich wegen Zurückzahlung des verausgezahlten Geldes noch einmal an die Krankenkassen wenden. Das bedeutet aber naturgemäß für den Kranken, wenn er noch selbst in der Lage ist, bei der Krankenkasse vorzusprechen, andernfalls für seine Angehörigen bzw. Abgesandten eine ganz bedeutende, mit großem Zeitverlust, bedeutendem Kräfteaufwand usw. verknüpfte Erschwernis. Schon aus diesem Grunde ist der Wunsch, der wohl von allen Kassenmitgliedern geteilt wird, nach einer schleunigen Beilegung des Ausstandes durch gegenseitiges Entgegenkommen der beteiligten Parteien sehr berechtigt. Die meisten Kassenmitglieder zahlen recht bedeutende Krankenkassenbeiträge und haben daher auch berechtigten Anspruch auf ärztliche Behandlung und unentgeltliche Beschaffung der Medikamente neben dem täglichen Krankengelde. Von der ungefähren Größe der Krankenkassenbeiträge kann man sich eine kleine Vorstellung machen durch die Tatsache, daß vom Betriebe der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt für ihre Angestellten und Arbeiter allwöchentlich jetzt rd. 20 Millionen Mark an die Allgemeine Ortskrankenkasse abgeführt werden müssen. Da nun aber ein nicht geringer Teil von Angestellten nicht nur dieses Betriebes der Krankenkasse nur gezwungen als Mitglied angehört, unter anderen Umständen aber gern auf die erzwungene Mitgliedschaft verzichten würde, so kann man es begreiflich finden, wenn gerade in diesen Kreisen der gegenwärtige Ausstandszustand, der nun schon zwei Wochen andauert, sehr unangenehm empfunden wird.

Ohne in eine Einzelprüfung der Gründe einzutreten, die die Ärzte zur Einstellung ihrer Krankenkassentätigkeit veranlaßt haben, soll doch das Eine ausdrücklich hervorgehoben werden, daß wir ihre Wünsche auf eine promptere Erledigung ihrer Forderungen an die Krankenkassen für durchaus berechtigt halten in einer Zeit mit ihrer fortschreitenden Geldentwertung. In einer solchen Zeit ist die bureaukratische Behandlung der Begleichung der Rechnungen ganz besonders vom Übel, wo ein Betrag von 100 000 Mk. in drei Tagen kaum noch die Hälfte seiner Kaufkraft besitzt. Aus diesem Grunde ist man neuerdings schon in zahlreichen Betrieben dazu übergegangen, die monatliche Gehaltszahlung durch eine mindestens zweimalige, an jedem Ersten und Fünfzehnten, zu ersetzen, um eben der Schädigung durch die große Geldentwertung vorzubeugen. Und was hier gegenüber den Angestellten Recht ist, muß auch den Ärzten gegenüber billig erscheinen.

Aber mag dem nun sein, wie ihm wolle, die Hauptsache ist, daß endlich nach nunmehr 14tägiger Ausstandsdauer eine Grundlage geschaffen wird, auf der eine schleunige Einigung der beiden Parteien zustande kommen kann. Hier wäre es Pflicht der Aufsichtsbehörden, vermittelnd einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, daß der Friede bei den Krankenkassen und bei den Ärzten wieder einzieht. Denn, wie schon erwähnt, sind die Mitglieder der Krankenkassen die Hauptleidtragenden, ohne daß sie selbst in der Lage sind, zur Beseitigung des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes etwas beizutragen. Sie würden es mit Freuden begrüßen, wenn der Ausstand beigelegt würde und man sich auf beiden Seiten von der Richtigkeit des Sprichworts: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt" überzeugen wollte.

hb.

*

Der Verein polnisch-katholischer Handwerker in Posen, 600 Mitglieder zählend, hat in einer Versammlung vom 1. d. Mts. nach Anhörung des Referats eines Vorstandsmitgliedes der Krankenkasse folgende Entschließung gefaßt:

„Der Verein protestiert gegen die übertriebenen und durch nichts begründeten Forderungen der Ärzte der Stadt Posen und erklärt sich solidarisch mit dem Standpunkt des Vorstandes der Krankenkasse der Stadt Posen." („Wiarus Polski" Nr. 233.)

Die Haussuchungen in Posener Druckereien.

Unsere Mitteilung in der Sonntagsnummer ergänzen wir nach dem „Kurjer" dahin, daß der zum Druck vorbereitete Aufruf an die Beamten zum Ausstande in der Druckerei des „Goniec Wielkopolski" beschlagnahmt worden ist.

Verwegener Raubüberfall.

In der vergangenen Woche war der 18jährige Kaufmannsgehilfe einer Posener Firma in den Kreis Obornik zum Kartoffelverladen entsandt worden. Als er sich, nachdem er in der Nacht in Obornik übernachtet hatte, am Freitag früh gegen 9 Uhr mit seinem Rade auf dem Wege nach Ludomki—Dombrowka (fr. Ludom Abbau) befand, stürzten plötzlich aus dem Walde zwei maskierte Kerle im Alter von 25 bis 28 Jahren heraus, rissen ihn vom Rade herunter und raubten ihm zunächst 10 Millionen Mark, die er zum Kartoffeleinkauf bei sich führte. Dann entkleideten sie ihn bis aufs Hemd, nahmen seinen Anzug, Stiefel usw., sowie sein guterhaltenes Fahrrad Marke „Warta" und verschwanden mit ihrer Beute spurlos. Der ausgeplünderte junge Mann war von dem ganzen Vorgange derart überrascht, daß er von den frechen Räubern nur eine sehr unvollkommene Beschreibung geben kann. Er weiß nur, daß die beiden Kerle Sportmützen trugen und der eine mit einem grauen Anzug und Wickelgamaschen, der andere mit einem dunklen Anzug bekleidet war. Personen, die in der Lage sind, irgendwelche Angaben zu machen, die zur Ermittlung der beiden frechen Räuber beitragen können, werden gebeten, dies bei der Polizei in Obornik oder bei der Posener Kriminalpolizei zu tun.

✕ **Personalnachricht.** Der Staatspräsident hat den Vize-Wojewoden in Posen, Dr. Stefan Czwojdziński zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts in Posen ernannt.

Option für Oberschlesien. Das Starostwo Grodzkie teilt mit: Allen im Bereich des Polizeibezirks der Stadt Posen wohnhaften Oberschlesiern, die auf Grund des am 15. 5. 1922 in Genf unterzeichneten polnisch-deutschen Abkommens betr. Oberschlesien polnische Staatsangehörige geworden sind, wird hiermit bekannt gegeben, daß sie bis zum 15. Juli 1924 auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten können. Die zuständigen Behörden, an die derartige Optionserklärungen zu richten sind, sind die sogen. „Optionsbureaus", d. h. in Polen die schlesische Wojewodschaft in Kattowitz. Doch können diese Gesuche auch den eigentlichen Verwaltungsbehörden erster Instanz — in Posen das Starostwo Grodzkie — eingereicht werden.

Die Tabak-, Zigarren- und Zigarettenpreise sind seit dem 4. Oktober wie folgt erhöht worden: Zigaretten aus privaten Fabriken 800—2600 Mk., aus Staatsfabriken 750—2800 Mk. das Stück; Zigarren (privat) 5000—21 300 Mk., staatliche Zigarren 5000—18 000 Mk. das Stück; Tabak (privat) je 100 Gr. 40 000 bis 200 000 Mk., aus staatlichen Fabriken 80 000—270 000 Mk.

✕ **Der neue Gaspreis.** Im heutigen Anzeigenteile wird eine abermalige Erhöhung des Gaspreises von 8000 Mk. auf 10 000 Mk. für das Kubikmeter bekanntgegeben. Der Zentner Koks kostet jetzt 125 000 Mk., das Pfund Teer 6000 Mk.

✕ **Die nutzlosen Richtpreise.** Der Brotpreis, wie er am heutigen Montage in den Posener Bäckereien gezahlt werden muß, ist der beste Beweis für die Nutzlosigkeit der Richtpreise und für die Richtigkeit unserer Ausführungen in dem Artikel der Sonntagsausgabe „Richtpreise und Wirklichkeitspreise". Während der Preis für ein 3 Pfd-Roggenbrot bis zum Mittwoch einschl. 24 000 M. betragen müßte, kostet heut ein solches . . . 36 000 M., d. h. 50 v. H. über den Richtpreis!

✕ **Was einem Stadtpräsidenten passieren kann.** Dieser Tage erschien ein Beamter beim Stadtpräsidenten und präsentierte ihm, wie die „Gazeta Poznańska" berichtet, eine Quittung über 17 Millionen als Steuer von seinem Gehalt als Stadtpräsident. Herr Ratajski war anfänglich unangenehm überrascht, zog aber schließlich sein Scheckbuch hervor und übergab dann dem Beamten einen entsprechend ausgefüllten Scheck. — Ergänzend sei mitgeteilt, daß Herr Ratajski als Stadtpräsident wohl sein Gehalt bezieht, dieses Gehalt aber gleich in voller Höhe zu wohltätigen Zwecken verteilt; er arbeitet umsonst und muß also Steuern zahlen von einem Einkommen, das er in Wirklichkeit nicht für sich benutzt. Wir können es verstehen und Herrn Ratajski die ganze Bitterkeit des Erlebnisses nachfühlen, nach Lage der Sache ist die Steuerbehörde aber in ihrem Recht.

Die nächsten Konzerte. Mittwoch im Vereinshaus: Das schweizerische Streichquartett. Anfang 8 Uhr. — Donnerstag in der Kreuzkirche: Konzert des Bachvereins (zwei Kantaten von Joh. Seb. Bach, „Die Weihe der Nacht" von Herzogenberg). **Anfang 7 Uhr.** — Sonntag im Vereinshaus: Konzert der in Posen durch ihre Bühnentätigkeit bekannten Sängerin Marja Janowska-Kopczyńska (früher in Posen, jetzt an der Leipziger Oper). Anfang 8 Uhr.

Posener Bachverein. Von auswärts wohnenden Musikinteressenten wurde der Dirigent angefragt, ob keine öffentliche Generalprobe des Konzertes sei, das am Donnerstag, dem 11. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Kreuzkirche stattfindet. Es ist mancher am Donnerstag verhindert, und für einige liegen die Zugverbindungen so schlecht, daß sie zu einer abendlichen Aufführung nicht hierher kommen können. Ihnen sei hiermit geantwortet: Öffentliche Generalproben, wie sie etwa früher regelmäßig vor den Aufführungen der Matthäus-Passion stattfanden, sind heutzutage eine Unmöglichkeit. Jenen gingen doch immer mehrere Proben mit Orchester voran, und alles konnte in Ruhe vorbereitet werden. Das geht heute nicht mehr. Die Herren, die die Freundlichkeit haben, im Kammer-Orchester mitzuwirken, sind eben nur am Donnerstag abend frei. So muß die Generalprobe unmittelbar vor der Aufführung, am Donnerstag von 4—6 Uhr, stattfinden; natürlich in der Kreuzkirche. Wer diese Probe hören will, wolle sich unmittelbar vorher persönlich an den Dirigenten wenden; das Anhören wird Musikinteressenten gern gestattet werden.

✕ **Neun Millionen zu wohltätigen Zwecken.** Bank Młynarzy Zach. Ziem Polskich Tow.-Akc. (die Müller-Bank) hat in ihrer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung neun Millionen zu wohltätigen Zwecken ausgeworfen.

Steuerungleichheiten. Ueber Ungleichheiten in den persönlichen Steuern berichten die polnischen Blätter: Ein Beamter der sechsten Kategorie muß monatlich 250 000 Mark Steuern zahlen, ein bäuerlicher Besitzer von 25 Morgen in Galizien zahlt dagegen nur 200 000 Mark fürs ganze Jahr.

✕ **Wieder zwei Kindesleichenfunde.** Am Sonnabend wurde an der Pumpstation am Gerberdamm die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts herausgezogen. An demselben Tage wurde auf dem Grundstück św. Wojciech 26/27 (fr. St. Adalbertstr.) ebenfalls die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden.

Zwei Gebinde Sprit beschlagnahmt. Wie die „Gaz. Pozn." (Nr. 229 vom 7. 10.) berichtet, haben Zollbeamte in der Druckerei der Christlichen Arbeiter, in der der „Postęp" erscheint, in einem Schuppen auf dem Hofe unter Makulatur zwei Gebinde Sprit von zusammen etwa 1100 bis 1200 Litern gefunden und beschlagnahmt.

✕ **Im Eisenbahnzuge Krakau-Posen bestohlen** wurde heute nacht ein aus Krakau hier heut früh 6[35] Uhr eingetroffener Kaufmann um seine Aktentasche mit 52 Millionen Mark Inhalt. Als er die Tasche aus dem Gepäcknetz nehmen wollte, war sie verschwunden. Er hat die Reise zusammen mit einem guten Bekannten gemacht

beide haben während der Fahrt geschlafen. Diese günstige Gelegenheit, muß ein Eisenbahndieb dazu benutzt haben, um die Tasche samt kostbarem Inhalt verschwinden zu lassen.

✕ **Fahrraddiebstahl.** Vor dem Grundstück Alter Markt 4 wurde gestern ein dort unbewacht stehendes schwarz lackiertes Fahrrad gestohlen.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag 4 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Unterschlagung, 5 Betrunkene und 4 Dirnen.

* **Briesen,** 5. Oktober. Verhaftet wurde, den „Allgem. Nachr. f. Pommerellen" zufolge, kürzlich der Inhaber einer hiesigen Dampfmühle S. von hier, wie verlautet, unter derselben Anschuldigung wie die Besitzer der Dampfmühle in Król. Nowawies (Überteuerung in Getreideprodukten).

* **Bromberg,** 5. Oktober. In der Gemeinde Osielsk, Kreis Bromberg, wurde gestern in einem Strohschober die Leiche einer etwa 70jährigen Frau gefunden. Ein Mord kommt nicht in Frage. Bei der Leiche wurden keine Papiere vorgefunden.

* **Gnesen,** 6. Oktober. Das hiesige Gymnasium konnte am 1. d. Mts. die Feier seines sechzigjährigen Bestehens begehen. Zur Teilnahme hatten sich über 200 ehemalige Schüler eingefunden, darunter ein Herr v. d. Osten-Sacken aus Posen, der in das Gnesener Gymnasium am ersten Tage seines Bestehens als Schüler eingetreten war.

pw. **Rotenburg an der Obra,** 7. Oktober. Am vergangenen Sonntag feierte die evangelische Gemeinde neben dem Erntedankfest noch das Stiftungsfest des Jungfrauenvereins. In feierlichem Zuge, mit Kränzen im Haar, zogen etwa fünfzig junge Mädchen unter Vorantritt des Ortspfarrers Agricola und des Festpredigers, Pastors Willigmann-Lissa, in die festlich geschmückte Kirche, die von einer andächtigen Gemeinde bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die reich ausgestattete Liturgie wurde durch Orgelvorträge, Chorgesänge und ein religiöses Erntegedicht verschönt. Pastor Willigmann predigte über Amos 8, 11—12 vom Hunger nach des Herrn Wort. Am Nachmittag fand in Gloden bei Rotenburg im Gasthause von Abraham bei Kaffee und Kuchen die Nachfeier statt. Im Anschluß daran wurde auf dem Dorfanger unter zahlreicher Beteiligung der ganzen Gemeinde ein Erntefestspiel mit Reigen, Volkstänzen und Volksliedern aufgeführt, in dem die jungen Mädchen Erstaunliches und Lobenswertes leisteten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. F. in G. Eigentlich ist dieses Zeichen auch für einen an der Börse Uneingeweihten nur unschwer zu erraten. Es bedeutet + = steigende Tendenz, ++ stark anziehende Tendenz +++ = Hausse. Bei den anderen Zeichen ist es umgekehrt: — fallende Tendenz —— = stark fallend, ——— = Baisse. Wenn Sie nun einigermaßen orientiert sind, wie die Firma bewertet wird, deren Aktien sie besitzen, so können Sie ohne weiteres aus diesen Zeichen allein lesen ob Sie zu kaufen oder zu verkaufen haben.

St. Nr. 100. 1. Getreidebörse findet mit Ausnahme des Dienstags und des Donnerstags an allen Wochentagen statt. 2. In der andern Angelegenheit wenden Sie sich entweder an die Giełdy Płodów Rolniczych in Posen direkt oder an die Agencja Wschodnia in Posen, Plac Wolnosci.

A. K. O. 1. Wir halten die Anstrengung eines Prozesses gegen die Stadt für durchaus aussichtslos. 2. am 3. Juni fand in Warschau keine Börse statt. Am 2. Juni stand der Dollar 54 250, am 4. Juni 55 000, am 5. Juni 56 250 Mk.

P. St. in D.-K. Am 15. Oktober 1921 fand keine Produktenbörse in Posen statt. Am 14. Oktober 1921 notierte Roggen mit 10 200 Mk., am 17. Oktober, dem nächsten Börsentage, mit 9800 Mk.

F. G. in O. Der Zollsatz für aus Deutschland einzuführende Holzbearbeitungsmaschinen ist in drei Kategorien geteilt. Der Grundschlüssel der einzelnen Kategorien ist: 1. Zollsatz: 27 für 1 Kilogr., 2. Zollsatz: 50 für 1 Kilogr., 3. Zollsatz: 60 für 1 Kilogr. Zu diesem eigentlichen Grundschlüssel kommt der Zollmultiplikator, der augenblicklich 43 000 beträgt. Der Zollmultiplikator kann monatlich, wöchentlich oder täglich vom Zollamt geändert werden. Unter welchen Zollsatz die eingeführte Holzbearbeitungsmaschine fällt, entscheidet der Sachverständige oder die Sachverständigenkommission beim Zollamt.

R. M. in P. Ihrem Wirte steht das Recht zur Wohnungskündigung aus den von Ihnen angegebenen Gründen überhaupt nicht zu, da Sie sich obendrein freiwillig zur Zahlung einer durchaus angemessenen Miete bereit erklärt haben. Wenden Sie sich sofort mit einer Klage unter genauer Darstellung des Sachverhalts an Ihr Mietseinigungsamt.

F. G. in Z. Die Auffassung des Rechtsanwalts, daß Sie heute noch die von Ihnen gegebene Hypothek in deutscher Papiermark zurücknehmen müssen, ist durch ein inzwischen ergangenes neueres Urteil des Reichsgerichts, das wir Ihnen allerdings im Wortlaut nicht vorlegen können, widerlegt. Wir raten Ihnen, das Geld nicht anzunehmen und in die Löschung der Hypothek nicht zu willigen.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Der russische Export nach Finnland** hat in der ersten Hälfte des Jahres 1923 einen Wertbetrag von 122 Millionen Finnenmark erreicht. Unter den Einfuhrgegenständen befinden sich hauptsächlich Getreide und Ölkuchen, aber auch Lokomotiven und eine Reihe technischer Halbfabrikate. Nach Rußland lieferte Finnland u. a. Zellulose und Zeitungspapier.

Verkehr.

↗ **Zollfreies Transitlager der Stadt Warschau.** Der Magistrat der Stadt Warschau hat ein zollfreies Transitlager in Warschau eingerichtet, über dessen Zweck und Einrichtung uns folgendes mitgeteilt wird: Die Stadt-Warenlager stehen unter der Leitung des Magistrats Warschau und umfassen Räumlichkeiten für rd. 2000 Waggons. Die Verbindung der Stadt-Warenlager mit dem Güterbahnhof Warschau-Danzig mittels eigener Industriegleise und deren Abzweigungen nach allen Magazinen ermöglicht ein schnelles Auf- und Ausladen der Waren. Die für ausländische Waren bestimmten Lager sind: 1. zollfreie, 2. Transitlager. Auf Grund der vom Minister für Handel und Gewerbe erlangten Konzession liefern die Stadt-Warenlager Lager- und Lombardierungszertifikate aus. Außer den vom Ausland auf Adresse der Lager direkt gerichteten Waren werden auch unverzollte, auf den Namen von Privatpersonen und Privatfirmen lautende Waren in Empfang genommen. Die in dem Stadt-Warenlager in Empfang genommenen ausländischen unverzollten Waren genießen das Recht einer teilweisen Zollentrichtung und dreimonatigen Magazinage, während bei den Zollamtslagern nur ein Termin von zwei Wochen vorgesehen ist. Die Stadt-Warenlager erledigen alle mit der Zollentrichtung verbundenen Angelegenheiten, sowohl hinsichtlich der zur Aufbewahrung bestimmten, wie auch der direkt unter Adresse der Lager versandten Waren. Die Zufuhr und den Transport der Waren erledigen die Stadt-Warenlager mittels eigenen Fuhrmaterials. Die Stadt Warschau ist also gewissermaßen selbständig Spediteur. Die Tarife — die möglichst niedrig gehalten werden — sowie weitere Auskünfte sind von der Handelskammer zu Danzig erhältlich. Wie der Handelskammer in Danzig weiterhin mitgeteilt ist, hat der Magistrat Warschau die Zusicherung erwirkt, daß Waren, die in den betreffenden Lagern lagern und zur Verfügung der ausländischen Firmen stehen, irgend welchen Maßnahmen des Teuerungskommissars, wie z. B. der Beschlagnahme, nicht unterliegen.

Von den Banken.

△ **Polens Sparkassen** werden zu dem internationalen Kongreß in Mailand, der aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der italienischen Sparkassen einberufen wird, ihre Vertreter entsenden. Zu diesem internationalen Kongreß ist auf dem diplomatischen Wege die Einladung in Polen bereits eingetroffen.

≡ **Bargeldloser Verkehr** bei der Eisenbahn wird vom 15. Januar 1924 ab bei den polnischen Staatsbahnen eingeführt werden, und zwar dürfen von dem Tage ab die Güterbahnhöfe Einzahlungen in Schecks entgegennehmen. Eine genaue Bekanntmachung, wie der bargeldlose Verkehr geübt werden soll, wird noch ergehen.

Von den Aktiengesellschaften.

Cukrownia we Wrześni (Zuckerfabrik Wreschen). Die Generalversammlung findet am 20. Oktober 1923 nachm. 4 Uhr im Saale des Herrn Knechtel statt. (M. P. 226).

Bank Diskontowy T. A. in Warschau. Auf Beschluß der Gen. Vers. v. 19. Mai 1923 wurde das Aktienkapital durch 400 000 Stück Aktien zu 540 Mkp. um den Betrag von 216 Millionen erhöht. Die Aktionäre erhalten auf jede alte Aktie eine junge der VIII. Em. zu 35 000 Mkp. das Stück. Die jungen Aktien sind ab 1. 10. 23 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht erlischt am 10. November 1923 mittags 12 Uhr. (M. P. 226.)

„Ursus" S. A. Mechanische Fabrik in Warschau. Die Generalversammlung findet am 26. Oktober 1923, nachm. 5 Uhr in dem Sitzungssaal der Bank Małopolski in Warschau, ul. Marszałkowska Nr. 154. statt. (M. P. 226.).

Erste Großpolnische Torfgewinnungs-Gesellschaft T. A. in Schwersenz. Die Generalversammlung findet am 24. Oktober 1923, nachm. 3 Uhr im Hotel Polski statt. (M. P. 226.)

Von den Märkten.

Leder. Posen, 5. Oktober. Sohlenleder 520, Kroupons 730, Oberleder (Boxkalf) 155, Alaunleder 500, Oberleder schwarz und braun 650. Tendenz sehr fest.

Wolle. Posen, 5. Oktober. Wolle im Einkauf: I. 8750 II. 8850, III. 8950. Im Verkauf: I. 8800, II. 8900, III. 9000.

Baumaterial. Sosnowice, 5. Oktober. Ziegel 1600 p. Stck., Kalk 73 000 pro 100 Kg., Dachpappe 28 000 p. Quadratmeter.

Metalle. Berlin, 5. Oktober. Raff. Kupfer 172—175, Orig. Hüttenweichblei 75—77, Hüttenrohzink in freiem Verkehr 93—95, Remelted 75—77, Orig. Aluminium in Blocks 330—340, Zinn (Banka, Straits u. Austral.) 600—610, Hüttenzinn 580—590, Reinnickel 330—340, Antimon Regulus 75—77, Silber in Barren 13 500.

London, 5. Oktober. Standard Kupfer 61.13.9, Elektrolitkupfer 64.10, Standardzinn 204.2.6, Blei bar 27.10, Zink bar 33.15, Antimon ausl. 34.10, Quecksilber 9.17.6.

Getreide. Chicago, 5. Oktober. Weizen 107.75, Mais 75.25, Hafer 43.25, Roggen 71.25.

Hamburg, 5. Oktober. Weizen 700—750, Roggen 600—650, Hafer 600—650, Wintergerste 720—750, Auslandsgerste 800—900, Mais 800—850.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	2 000 000—2 200 000	Roggenkleie	700 000
Roggen	1 200 000—1 300 000	Hafer	900 000—1 000 000
Roggenmehl	2 000 000—2 200 000	Eßkartoffeln	170 000—190 000
Braugerste	1 300 000—1 400 000	Fabrikkartoffeln	140 000—160 000

Marktsituation unaufgeklärt. Tendenz schwankend und nicht einheitlich.

Danziger Frühkurse vom 8. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig	100 000
Der Dollar in Danzig	850 000 000

Warschauer Vorbörse vom 8. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau	0,0008
Dollar	524 000
Englische Pfund in Warschau	2 415 000
Schweizer Franken in Warschau	95 000
Französischer Franken in Warschau	31 600

Warschauer Börse vom 8. Oktober.

Devisen:

Belgien	26 800	Paris	30 150
Berlin und Danzig	0.0008	Prag	15 715
London	2 416 500—2 416 000	Schweiz	94 900
Neuyork	530 000	Wien	7.50
Holland	208 000	Italien	24 960

‡ **Ostdevisen in Berlin.** Auszahlung: Bukarest 2 686 500 000 G., 2 713 500 000 B., resp. 10 v. H., Riga 2 338000 G., 2 362 000 B., resp. 12½ v. H. Reval 1 720 000 G., 1 740 000 B., resp. 25 v. H., Kowno 56 430 000 G., 57 570 000 B., Kattowitz 66 300 G., 67 700 B., Polenoten 56 350 G., 58 650 B., lettische Rubel 2 230 000 G., 2 320 000 B., estnische Mark 1 640 000 G., 1 710 000 B., Lit. 54 200 000 G., 56 400 000 B.

‡ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität 850 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 202 150 Mark polnisch.

Kurse der Posener Börse.

	8. Oktober	5. Oktober
Devisen:		
Dollar	925 000	—,—
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em	28 000	25 000
Bank Przemysłowców I. Em.	40 000—45 000	30 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. (ohne Bezugsrecht)	50 000—55 000	50 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	30 000	31 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	10 000	7000—8000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	80 000	80 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	25 000—27 000	25 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	30 000	—,—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	—,—	180 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	36 000—30 000 —35 000	35 000—37 500
Centrala Rolników I.—VI. Em.	8000—9000	7500
Centrala Skór I.—V. Em.	90 000	65 000—100 000
Dębienko I.—IV. Em.	60 000	60 000
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	20 000	14 000—15 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	60 000	—,—
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	25 000	25 000—28 000
Goplana I.—II. Em.	55 000	50 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	14 000—15 000	10 000—12 000
Hartwig Kantorowicz I. Em.	80 000—75 000	—,—
Homosan I.—III. Em.	40 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4800	—,—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	10 000	10 000—9000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	40 000	40 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	200 000-220 000 —180 000	190 000-200000
Iskra I.—III. Em. (ohne Bezugsr.)	50 000—55 000	—,—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	1600000-1650000	1500 000-1550 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	1 000 000	900 000—950 000
Młyn Poznański I.—III. Em.	—	7000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	75 000—65 000	70 000—73 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	75 000	75 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	23 000—24 000	23 000
Patria I.—VIII. Em.	—,—	25 000—24 000
S. Pendowski I.—III. Em.	40 000	37 500
Płótno I.—II. Em.	60 000—70 000	40 000—50 000
Pneumatik I.—III. Em.	8000—9000	8000-9000-8000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	80 000—90 000 —85 000	80 000—85 000 —80 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	—,—	120 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em.	45 000	40 000—45 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	13 000	
Tkanina I.—IV. Em.	40 000	35 000—40 000
Tri I.—III. Em.	50 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	240 000-210 000	240 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—,—	50 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	350 000	300 000-350 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	12 000—14 000 —13 000	12 000—15 000
Zjed. Browar. Grodziskie (o. Bezugsr.)	70000—60000	70 000

Tendenz: schwankend.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.